

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

**Abonnementspreis** 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Veranlassungsaufträge werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegraphische Anstalt Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wismelhauserstr. 42. Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

# Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

## Die Vertretung der Lohnforderung der Bergarbeiter durch den christlichen Gewerbeverein in bengalischer Beleuchtung.

Die Ablehnung der Forderungen der Bergarbeiter im Ruhrbecken durch den Bechenverband ist bekannt. Die Bechenherren stehen eben auf dem Standpunkt, mit den Bergarbeiterorganisationen nicht zu verhandeln. Und wenn der Bechenverband schließlich z. B. auf Lohnregelungen im allgemeinen einwirken könnte — er gibt an, es nicht zu können! — er hätte trotzdem nicht verhandelt! Wenigstens liest man das aus der langen, wenn auch höflichen Antwort des Bechenverbandes heraus. Leichter ist ihm diese Stellungnahme gemacht worden durch die Haltung des christlichen Gewerbevereins.

In der Begründung der Ablehnung selbst stützt sich der Bechenverband auf die gegenwärtige mäßige Lage im Bergbau, auf die Schwierigkeit des Absatzes, auf die niedrigen Preise für die Bergwerksprodukte und auf die für die Bergwerksindustrie ungewisse Zukunft. Immerhin seien die Löhne beträchtlicher als in anderen Berufen. Eine Berechtigung, Lohn-erhöhung zu verlangen, streitet der Bechenverband nicht ab, er erkennt die Lohnreduktionen in den letzten Jahren an. Die Werkspresse weist auch auf die Verteuerung der Lebenshaltung hin. Mehr noch, auch führende Personen in Unternehmenskreisen haben das letztere anerkannt, aber sie haben auch nicht mit der Meinung zurückgehalten, wer für die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter mit verantwortlich ist! So sagte vor mehreren Wochen ein alter Bergheer zu einem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“:

„dass sich die Lebenshaltung auch im Ruhrbecken verteuert hat, ist richtig, aber darüber kann sich meines Erachtens der christliche Gewerbeverein ersprießlicher mit dem Zentrum unterhalten, als mit dem Bechenverband!“

Nebes Wort liegt sich wie eine schwere moralische Last auf dem christlichen Gewerbeverein. Der durch seine Taktik der Verteuerung der Lebenshaltung Vorschub geleistet hat! Die Gewerbevereinssekretäre, wie der „Bergknappe“, sind ja zeitweise für diejenige Wirtschaftspolitik sehr warm eingetreten, die uns die Verteuerung gebracht hat! Das erklärt sich aus der Haltung heraus, in der der christliche Gewerbeverein zu dem schwarz-blauen Schnaps-Block steht.

Es hat den Anschein, als hätte man sich im Bechenverband selbst über die Gewerbevereinsfrage so ausgesprochen, wie der alte Bechenherr, der bekanntlich auch gut informiert war, wie der Bechenverband seine Antwort formulieren würde! Der christliche Gewerbeverein hätte man selbst doch sonst sehr schnell befechtigen können. Eine Zulage von wenigen Pfennigen — über eine bestimmte Höhe bei der Lohnforderung war in der Bittschrift des christlichen Gewerbevereins ja nichts enthalten — hätte rieltige Begeisterung in der Gewerbevereinsleitung ausgelöst. Mit glühender Dankbarkeit hätte man ein — über das andere Mal erklärt: „Seht, wir haben christlich und bescheiden gebeten, und uns hat man entgegenkommen gezeigt! Es war gut, daß wir allein vorgingen, mit den anderen zusammen hätte es gar nichts gegeben! Und wenn es auch nur ein Versprechen ist, das einen einzigen und einzigen Pfennig vorsieht, so sind wir doch die Herren der Situation!“ Daß die Herren im Bechenverband dem Gewerbeverein die Gelegenheit zu diesem oder ähnlichem christlichen Hymnus nicht gegeben haben, ist nach alledem, was in den letzten Monaten vorgefallen, wirklich recht boshaft. Es muß doch für die Zutreiberdienste, die der Bechengewerbeverein den Unternehmern leistete, eine Dankbarkeit geben? Auf sie hatte man doch im christlichen Gewerbeverein sicherlich gehofft.

Nun, der Gewerbeverein hat nichts erhalten und die übrigen drei Verbände auch nichts. Nur sind den letzteren die Enttäuschungen erspart geblieben, wie sie der christliche Gewerbeverein über sich ergehen lassen muß. Ihm wird gar gesagt, er soll sich mit dem Zentrum über Lohnforderungen unterhalten! Wer bekommt da nicht Lust, eine Satyre auf die unbergleichen und thabene Führung der christlichen Bergarbeiterorganisation zu schreiben?

Diese Führung hat sich nicht einmal in den Schmollwinkel zurückgezogen. Dazu fehlt ihr das, was man bei anderen in o r a t i o n e n g e w e r k s f a h r e r e n nennt. Sie haben sich mit der Antwort zwar nicht ganz zufrieden, aber sie haben her und erklärten: Wenn wir nichts kriegen, brauchen die Bechenherren trotzdem sich keine Kopfschmerzen über kommende Dinge zu machen. Wehren sich die übrigen Verbände gegen die Ablehnung ihrer Forderungen, fahren wir vom Gewerbeverein ihnen in die Parade! Bundesgenossen der Bechenherren wir christlichen Gewerkschaftsführer doch! Was bei den Schnapskämpfen angefangen, muß fortgesetzt werden. Der daß gegen alles, was nach Bergarbeiterverband riecht, ist größer als das irgend was noch dazu beitragen könnte, mit ihm gemeinschaftlich Bergarbeiterinteressen zu vertreten. Lieber lassen wir uns von den Bechenherren an allen Teilen des Körpers treten. Die Bergarbeiter — pah! Die mögen weiter hungern! Wir „Christlichen“ dulden keine Bergarbeitereinigkeit in Fragen, die die Befreiung des Bergarbeiters in sich schließen wollen! So und nicht anders steht es heute mit der Gewerbevereinsführung. Schlußwort noch!

Nicht nur, daß Streikbruch gepredigt wird für den Fall, daß ein Streik ausbrechen sollte, nein, das Wort und Schrift hilft man im christlichen Gewerbeverein die Forderungen der drei Bergarbeiterverbände bekämpfen!!!

Man weist nicht nur fortgesetzt darauf hin, daß jede weitere Abwehr unmöglich ist, sondern man kommt auch her und verhöhnt und verspottet die Lohnhöhe, wie sie von den drei Verbänden verlangt worden ist! Unberechtigte, unerfüllbare Forderungen hätten die drei Bergarbeiterverbände gestellt!!!

Herr Effert führte nach der „Kölnischen Volkszeitung“ am 11. Dezember 1910 in Dortmund aus,

„dass in der Erwartung einer Ablehnung der Forderungen man sich bei den drei Verbänden wohl auch gar nicht einmal der Mühe unterzogen habe, über die materielle Tragweite einer fünfzehnprozentigen Lohnserhöhung nachzudenken!!!“

So der einstige Führer der Stübenerkommission! Wer lesen kann, liest den Hohn heraus, den dieser Mann auf die geforderten 15 Prozent ergiebt! Und doch sind diese 15 Prozent Lohnserhöhung nichts anderes, als die Wiederherstellung der Lohnhöhe vom Jahre 1907! Nicht einmal ein Ausgleich für die durch den christlichen Gewerbeverein mit in die Wege geleitete Verteuerung der Lebenshaltung seit 1907 ist mit der Forderung herbeigeführt!

Herr Effert höhnt! Das wagen die Agenten der Grubenbesitzer und diese selbst denn doch noch nicht zu tun! Am Tage vorher, ehe sich Herr Effert so in Dortmund produzierte, erschien in der zentralen „Saarpfost“ ein Artikel, der den Gedankengang Efferts weiter ausführt. Wer die Freundschaft Efferts zu diesem Organ kennt und seine Mitarbeit an dieser Zeitung, wird nicht ohne Interesse den Zusammenhang der Rede in Dortmund und der Darlegungen in der „Saarpfost“ verfolgen. Wir lesen in der „Saarpfost“:

„Neuerlich leicht macht sich auch der „Bergarbeiter“, das Organ des Hirsch-Dunderschen Verbandes die Begründung der Forderungen der drei Verbände. Es meint, bei einigem guten Willen seien die Forderungen der drei Verbände leicht erfüllbar. Das schreibt der Vorsitzende des Verbandes in größtem Gleichmut hin, obgleich er sich von einem dem Bergbau nahestehenden „Platte“ zweifelsfrei hat müssen vorrechnen lassen, daß diese Lohnforderung von 15 Prozent mehr ausmacht, als einzelne Gewerkschaften im letzten Jahre an Ueberschüssen verteilt haben. Hat vielleicht der Vorsitzende der Hirsch-Dunder einmal nachgedacht, daß eine 15prozentige Lohnserhöhung nach der Sonnenleistung der Bergarbeiter im Jahre 1910 in den ersten zehn Monaten und dem Durchschnittslohn im dritten Vierteljahr von 4,57 Mk. auf jede Tonne Kohlen 72 Pf. ausmacht? Wer so oberflächlich die weittragendsten Dinge behandelt, wie es in dem Hirsch-Dunderschen Organ geschieht, der hat vermisst, wirtschaftlich ernst genommen zu werden.“

Eine Lohnserhöhung der Bergarbeiter hält jeder für notwendig, der die Verhältnisse nur in etwa kennt; ob er aber den Bergleuten mit einer solchen Forderung, die auf jede Tonne einen solchen Betrag ausmacht, für die Bergarbeiter bei der jetzigen Wirtschaftslage im Kohlenbergbau klug war, darüber dürfte sogar die Mehrzahl der Bergarbeiter, wenigstens der denkenden, im Zweifel sein. Zwischen dem Herbst 1908 und dem Winter 1910 besteht in wirtschaftlicher Hinsicht ein wesentlicher Unterschied. Wenn selbst Führern von Organisationen hierfür das Verständnis fehlt, so muß auch diese Tatsache öffentlich ausgesprochen werden, selbst wenn die Sozialdemokraten auch wieder von Arbeiterverrat schreiben. Unsinn bleibt eben Unsinn, auch in diesem Falle.“

Welche Erhöhung der Löhne der Artikelschreiber für notwendig hält, hat er nicht angegeben. Vorsichtigerweise auch nicht die Gewerbevereinsführung in ihrer Bittschrift an den Bechenverband. Hier wird nur auf die verdienten Löhne im Jahre 1907 hingewiesen, die damals 13 bis 14 Prozent höher standen, als im II. und III. Quartal 1910!!! Wie hoch muß eine Forderung sein, wenn sie Grade vor den Augen der Gewerbevereinsführung finden soll? Mit welchem „Gleichmut“ die Verbände die Forderungen geprüft und gestellt haben, das werden wir ja weiter unten noch sehen. Galtten wir darum die Darlegungen der „Saarpfost“ im Auge.

Da hat denn noch ein christlicher Bezirksleiter Fiege aus dem Dortmunder Bezirk in Südfrieden (Münsterland) gesprochen. Nach der „Lüdinghauser Zeitung“ heißt es:

„Der Bezirksleiter (Fiege) wies noch die Unmöglichkeit der 15prozentigen Lohnserhöhung bei der jetzigen Konjunktur, wie sie von Seiten des sozialdemokratischen alten Verbandes verlangt wird, nach (!). Er beleuchtete den schmerzlichen Kampf, den unsere Kohlenindustrie noch um wichtige Absatzgebiete ausfechten müsse, den sehr mäßigen Umsatz, daß die großen Werksanlagen eben infolge dieser noch nicht ausgefüllten Konkurrenz bei weitem nicht voll ausgenutzt werden können, sich also auch noch nicht so rentieren, wie es früher der Fall sein wird (!). Dann auch wird der Zeitpunkt gegeben sein, sich mit den Industrieführern über Lohnserhöhungen zu verständigen (!!). Die Lage der Ruhrkohlenindustrie sei auch durch die Unfähigkeit über die Erneuerung des Kohlenyndikats heute ganz und gar ungeeignet zu einer Lohnbewegung (!!).“

Das ist schon klarer. Eine Lohnserhöhung von 15 Prozent ist unmöglich! Der Bergbau führte einen schweren Kampf usw. Die ist sich das nicht wie die Antwort des Bechenverbandes? Nur daß die Klagen aus christlichem Arbeiterführermunde noch schärfer erklingen, als wie das in der Antwort des Bechenverbandes geschieht!!!

Ja, warum hat denn der christliche Bechengewerbeverein überhaupt noch eine Lohnforderung gestellt? Wie es nach der Rede Fieges scheint, hat er eine ablehnende Antwort nebst Begründung wohl nur deshalb erwartet, um für die christlichen Agitatoren Agitationsstoff gegen die Lohnbewegung der Bergarbeiter in die Hand zu bekommen. Und bitte, was hat eigentlich die Erneuerung des Kohlenyndikats mit der heutigen Lohnbewegung zu tun? Seit wann wird diese Erneuerung ab-

hängig von einer Lohnserhöhung, in der Richtung der Bergarbeiterforderungen? Wir ersuchen um Antwort, da ja auch noch andere Leute, wie Fiege mit Rücksicht auf die Erneuerung des Syndikats die Lohnbewegung der Bergarbeiter gänzlich zunichte machen wollen?

Den Bechenbesitzern muß das Herz im Leibe hüpfen! Ob den christlichen Bergarbeitern, wagen wir stark zu bezweifeln. Die diese Freundschaft der christlichen Gewerbevereinsführung zu den Leuten, die den Bergarbeitern wirtschaftlich als Gegner mit gegenüberstehen, hat es ja mit sich gebracht, daß

1000 Uebertritte in den letzten Monaten aus dem christlichen Gewerbeverein in den Bergarbeiterverband

erfolgten! Das ist ein Beweis, daß nicht alle christlichen Gewerbevereinsmitglieder mit der Haltung ihrer Zeitung einverstanden waren und sind. Zwar beteuert der christliche Gewerbevereinsleitung, daß 300 christliche Vertrauensleute einstimmig die Taktik des christlichen Gewerbevereins gutgeheißen hätten. Wir haben diese Angaben bezweifelt. Wie wir von christlicher Seite erfahren haben, ist der Beschluß, alle in in der Lohnfrage vorzugehen, einstimmig gefaßt worden, aber

die christliche Gewerbevereinsführung ließ noch über einen Antrag abstimmen, ob sich der Gewerbeverein bzw. die christlichen Bergarbeiter bei einem eventuellen Streik mit den übrigen Verbänden solidarisch erklären sollten!

Der Antrag, bei einem eventuellen Streik der Ruhrbergleute Streikbruch zu begehen, soll nur mit zwei Stimmen Mehrheit in der christlichen Vertrauensmänner-Konferenz angenommen worden sein!!!

Ehe wir weiteres dazu schreiben, wollen wir eine Erklärung der christlichen Gewerbevereinsführung abwarten! Das wird ja immer netter!

## Wie sieht es mit der Lage im Stein-Kohlenbergbau aus?

Sind die Bergarbeiterforderungen berechtigt und durchführbar?

Ueber die gesamte Kohlengewinnung in Deutschland liegen uns z. B. von 10 Monaten dieses Jahres d. i. von Januar bis Oktober 1910 Zahlen vor. Danach betrug in diesem Zeitraum die

	1909	1910
Kohlengewinnung . . . . .	123 315 202	126 030 003
Kokszerzeugung . . . . .	17 687 527	19 308 490
Braunkohlenförderung . . . . .	58 057 463	56 284 894
Herstellung v. Bricketts u. Rauppreßsteinen	15 581 566	10 003 027

Hiernach sieht fest, daß die Förderung im Kohlenbergbau innerhalb der angegebenen Zeit nichtig in die Höhe geschritten ist. Und zwar nahm die Förderung von Steinkohlen um rund 2,715 000 Tonnen, die Braunkohlenförderung um 227 000, die Herstellung von Koks um 1 756 000 und die der Bricketts und Rauppreßsteine um 511 000 Tonnen zu. Diese wenigen Zahlen zeigen uns schon den Aufstiege der Kohlenindustrie. So ungünstig wie der Bechenverband in seiner Antwort die Lage im Bergbau schildert, steht es nicht. Im Gegenteil, gerade die Grubenherren im Ruhrbecken sollten vorsichtig sein und ihre Ablehnung der Lohnforderung nicht mit einem Gleichmut, die mäßige Lage im Kohlenbergbau begründen. Die wirtschaftliche Lage läßt sehr wohl eine Erhöhung der Löhne zu.

## Wie sieht es im Ruhrbecken aus?

Um das festzustellen, kommt uns die letzte Sitzung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats sehr gelegen. Wenn das Syndikat auch nicht alle Beiden des Ruhrgebietes umfaßt, so ist es doch ausschlaggebend für die Beurteilung des Marktes. Die paar Millionen Tonnen, die die Syndikatsfreien Werke im Ruhrbecken produzieren, kommen für die Gesamtproduktion und Förderung im Ruhrbergbau nur wenig in Frage. Und schließlich, was sich bezüglich der Förderung im Syndikat zeigt, das drückt sich auch auf die Verhältnisse in den Syndikatsfreien Beiden ab. Nach dem Bericht des Syndikatsvorstandes betragen in den 11 Monaten d. J., also von Januar bis mit November:

Monat	Arbeitsstage		Herbertätigkeit in Tonnen				gegen das Vorjahr		
	1909	1910	Förderung		Gesamtabsatz				
	1909	1910	1909	1910	1909	1910	1909	1910	
Jan.	24 1/2	24 1/2	263 336	233 316	255 055	281 938	202 095	226 378	+ 23 383
Febr.	23 1/2	23 1/2	268 179	279 318	267 353	279 913	215 782	224 717	+ 8 935
März	26 1/2	25 1/2	263 125	267 309	255 709	265 944	204 410	212 784	+ 8 374
April	24 1/2	23 1/2	269 909	278 568	270 799	278 440	217 840	224 050	+ 7 110
Mai	24 1/2	23 1/2	270 630	283 801	270 994	291 080	218 506	235 475	+ 16 969
Juni	24 1/2	23 1/2	270 764	275 043	269 201	274 271	210 127	222 939	+ 3 812
Juli	27 1/2	26 1/2	265 380	273 054	262 050	272 880	218 963	221 801	+ 7 838
August	26 1/2	27 1/2	263 319	270 071	263 286	271 368	215 116	221 048	+ 5 932
Sept.	26 1/2	26 1/2	264 002	272 027	260 935	275 139	210 791	224 435	+ 13 644
Okt.	26 1/2	26 1/2	267 479	276 235	263 839	274 958	213 260	223 187	+ 9 927
Nov.	24 1/2	24 1/2	262 799	264 896	262 394	267 322	227 653	240 708	+ 13 055
Dezbr.	25 1/2	25 1/2	282 738	—	285 291	—	229 485	—	—
anf. Dez.	300 1/2	—	269 209	—	266 922	—	215 638	—	—

Monat	In tausend Tonnen						In Prozenten der Beteiligung			
	Übersetzung		Gesamtabsatz		Beteiligung		Rechnungsmäßig			
	1909	1910	1909	1910	1909	1910	1909	1910		
Januar	6 886	6 886	6 185	6 802	6 251	6 295	4 928	5 461	78,35	86,73
Februar	6 202	6 450	6 189	6 478	6 015	6 028	4 900	5 197	82,06	86,20
März	6 007	6 688	6 712	6 640	6 600	6 604	5 888	6 818	78,01	81,77
April	6 478	6 000	6 499	6 000	6 227	6 568	5 238	6 662	80,98	86,12
Mai	6 500	6 588	6 504	6 781	6 284	6 041	5 244	5 445	84,18	87,15
Juni	6 600	6 810	6 593	6 891	6 388	6 588	5 841	6 001	84,28	85,85
Juli	7 185	7 090	7 075	7 088	7 018	6 777	5 777	6 767	82,38	85,10
August	6 840	7 292	6 845	7 827	6 758	7 087	5 508	5 988	82,82	84,81
September	6 804	7 078	6 758	7 154	6 751	6 777	5 481	5 885	81,18	86,18
Oktober	6 054	7 182	6 807	7 140	6 758	6 777	5 402	5 808	82,11	85,63
November	6 828	7 114	6 813	7 178	6 280	6 298	5 402	5 808	87,46	92,23
Dezember	7 104	—	7 168	—	6 589	—	5 766	—	88,17	—
<b>Gesamt</b>	<b>80 828</b>	<b>—</b>	<b>80 104</b>	<b>—</b>	<b>77 084</b>	<b>—</b>	<b>64 746</b>	<b>—</b>	<b>88,02</b>	<b>—</b>

Monat	Kohle		Arbeitskräfte		Gesamtverfah		Arbeitskräfte	
	1900		1910		1900		1910	
	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.
Januar	1102804	1341274	89478	48207	220508	257307	0468	10689
Februar	1140890	1308300	41087	46585	291028	256474	0558	11091
März	1226022	1368018	89540	48907	243080	263049	0208	10516
April	1157695	1370020	88590	45008	230171	274380	0840	10010
Mai	1157695	1390308	87842	45041	235971	268408	0832	11607
Juni	1189598	1374508	87083	45820	245130	275204	1007	10956
Juli	1293380	1380458	80450	44821	262091	262447	0740	11245
August	1225927	1437401	80540	46808	250201	265115	0989	11041
September	1201184	1458052	40098	48002	234584	260107	0790	11158
Oktober	1207508	1428241	40887	46072	203206	269078	10088	11205
November	1288444	1447700	42781	48287	268808	288929	10728	11072
Dezember	1872108	—	44281	—	209697	—	10780	—
<b>Gesamt</b>	<b>14505552</b>	<b>—</b>	<b>30088</b>	<b>—</b>	<b>2070881</b>	<b>—</b>	<b>0024</b>	<b>—</b>

Hierzu führte der Vorstand folgendes aus:  
Nach Anweis der vorstehenden Zahlen hat sich in den Ab-  
satzverhältnissen im Monat November d. J. eine wesentliche  
Besserung vollzogen. Der rechnermäßige Absatz ist arbeits-  
fähig von 221 Lo. = 7,9 % gelieferten und hat damit das bisherige  
höchste Monatsergebnis, das mit 240 368 Lo. im Monat De-  
zember 1907 zu verzeichnen war, noch überschritten. In der Ge-  
samtmenge des rechnermäßigen Absatzes ergibt sich gegen Ok-  
tober d. J. obgleich dieser Monat 1 1/2 Arbeitstage mehr hatte,  
noch eine Zunahme von 4 224 Lo. Das günstigere Ergebnis  
ist zum überwiegenden Teil auf den flotten Verkauf des Kohlen-  
abfahrs zurückzuführen. Der Kohlenabsatz für Rechnung des  
Syndikats stellte sich im arbeitsfähigen Durchschnitt auf 168 382  
Tonnen und weist gegen den Vormonat eine Steigerung von  
11 009 Lo. = 7 % auf. Auch hier liegt eine seit dem Bestehen  
des Syndikats noch nicht erreichte Höchstleistung vor!!!

In Köln ist die geringe Abkühlung, die der Oktober-  
Absatz durch stärkere Bezüge im September infolge der am 1. Ok-  
tober d. J. in Kraft getretenen Erhöhung der Kohlspreise gelitten  
hatte, wieder ausgeglichen worden. Der arbeitsfähige Kohls-  
absatz für Rechnung des Syndikats betrug im Berichtsmonat  
30 819 Lo., was gegen den Vormonat eine Erhöhung von arbeits-  
fähig 1 547 Lo. = 5,28 % und gegen den durchschnittlichen Ver-  
fah in den Vormonats Januar-November eine Erhöhung von  
1 503 Lo. = 5,13 % darstellt. Der Bruttoabsatz für Rechnung des Syn-  
dikats war arbeitsfähig 11 555 Lo. und hat das vormonatliche Er-  
gebnis um 988 Lo. = 5,41 % überholt! Angesichts dieses Auf-  
schlags hat das Syndikat beschlossen, die Beteiligungsdanteile der  
Belegten für Januar 1911 zu erhöhen und zwar für Kohlen auf  
87 1/2 %, bisher 85 %!

Die freiwilligen Agenten des rheinisch-westfälischen Gruben-  
barons, die christlichen Gewerkschaftssekretäre und ihr Anhang  
werden durch den vorstehenden Bericht des Syndikats ad  
absurdum geführt.

Was die Generalsekretäre und Sekretäre des Gewerkschafts  
ihren Zuhörern verschweigen oder ins Umgekehrte drehen, wird  
von den Zechenorganisationen zugegeben!!!

Zubiel der freiwilligen Dienste, die der Gewerkschaft durch  
seine Agitation und Laktif den Grubenherren leistet. Diese sind  
wahrheitsgetreuer als die christlichen Sekretäre, sie  
geben zu, daß der Ruhrbergbau zurzeit in bezug auf Förderung  
und Absatz Rekordziffern erlebt!!!

So glänzend, wie der Absatz im Monat November war, war  
er noch nie! Die Gewerkschaftssekretäre aber stellen sich hin  
und erklären ihren verduldeten Zuhörern, daß die Geschäftslage  
„schlimm, sehr schlimm“ sei, sobald die Bergarbeiter sich mit der  
abschneidenden Antwort des Zechenverbandes beiseite drücken!!!  
Das ist der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter in Meinfultur.

Die christlichen Sekretäre sagen, die Kohlenlager sind gefüllt.  
Wann sind diese in den letzten Jahren nicht gefüllt gewesen und  
wann werden die Kohlenlager später leer sein? Wenn die Berg-  
arbeiter warten wollen mit ernsthaften Lohnbewegungen, bis die  
Kohlenlager leer sind, dann können sie warten, bis auf den  
Nimmerleinstag! Aber das wollen die christlichen Sekretäre ja  
haben. Dieselbe Ausrede von heute wird später wieder kommen,  
bis die christlichen Arbeiter einsehen, daß diese Laktif nur des-  
halb eingeschlagen wird, um an ersten Kämpfen heute und später  
sich vorbeizudrücken. Der Gewerkschaft darf nicht und darum  
will er für die Interessen der Bergarbeiter weder jetzt noch später  
etwas tun. Rame es ihm auf eine wirkliche Interessensver-  
tretung für die Bergarbeiter an, wahrhaftig, er dürfte gewerk-  
schaftlich nicht so tief verjumpt sein, als es jetzt der Fall ist!

Die Kohlenlager werden, wie die Ziffern des Syndikats  
oben zeigen, jetzt sogar tüchtig in Anspruch genommen, werden  
verringert.

Der Gesamtabsatz hat sich, wie der Vergleich der Förder-  
mit den Absatzziffern zeigt, nicht nur stark gehoben, er übersteigt  
auch ganz bedeutend die Förderung. Ganz besonders in  
den Monaten August, September und November.

Stärker wie die Behauptung noch den niederrheinischen  
Gäfen ist von dort aus die Geschäftslage. Allein hier  
zeigen sich schon folgende Zahlen:

Es betrug die Bahnzufuhr nach den Gäfen Duisburg, Duisburg- Höfeld und Ruhrort		im November von Januar-November	
1910	820 799 To.	10 988 084 To.	
1909	813 355 To.	10 835 559 To.	
<b>Wahrs.</b>	<b>+77 444 To.</b>	<b>+152 525 To.</b>	

Die Schiffsabfuhr von den genannten und den Zechenhäfen	
1910	1 215 733 To. 14 067 693 To.
1909	1 060 643 To. 13 499 376 To.
<b>Wahrs.</b>	<b>+155 090 To. +568 317 To.</b>
	<b>= 14,6% = 4,21%</b>

Das Syndikat gibt also selbst eine Verminderung der Lager-  
bestände zu, die christlichen Sekretäre haben das nicht nötig, weil  
sie sonst ihre Aufgabe nicht lösen könnten, die sie sich freiwillig  
geleistet bzw. gezwungen gestellt haben! Schutz und Hilfe den  
Kohlenherren in der Zeit, wo die Bergarbeiter daran denken  
können, der Ablehnung der Bergarbeiterforderungen ernsthaft  
entgegenzutreten. Die Bergarbeiter sollen weiter wehrlos  
bleiben, müssen weiter hungern, denn wenn die Ruhrbergarbeiter  
Lohn und Gehälter gegen die Kohlenherren vorgehen könnten,  
würde die Gewerkschaftssekretäre entbehren!!!

Da sich die christlichen Sekretäre aber nicht „entbehen“ wollen  
— überhaupt von was wollen sich die eigentlich entbehen? —  
müssen die Bergarbeiter weiter geschurigt werden und weiter  
entbehen!!!

Wie wir aus oben angeführten Zahlen ersehen, steht die  
Absatzquote so hoch wie kaum vorher. Und da sollen die  
Grubenherren nicht Lohn erhöhungen bewilligen können?

**Die Unternehmungslust in der Montanindustrie.**

Es ist also nichts damit, wenn sich der Zechenverband in  
seiner ablehnenden Haltung den Lohnforderungen gegenüber auf  
die „ungünstigen Verhältnisse im Kohlenbergbau“ stützt. Die  
Angaben einer Zechenbestherorganisation, des Kohlenyndi-  
kats, widersprechen dem Zechenverband. Daß es in der Mon-  
tanindustrie nicht so schlecht dastehen muß, beweisen auch die Neu-  
investitionen in diesem Industriezweig. Einem Werks-  
organ entnehmen wir, daß für die Neuinvestitionen in den  
ersten Monaten dieses Jahres einschließlich der Umwand-  
lungen, einen Betrag von 166,28 Millionen Mark erreichte gegen  
nur 123,45 Millionen Mark im gleichen Zeitraum 1909. Die  
Mehreinvestitionen betragen 42,83 Mill. Mark oder 35 Prozent.  
Die Steigerung gegenüber dem Jahre 1908 ist noch stärker,  
denn damals wurden in den ersten elf Monaten in der Montan-  
industrie sogar nur 94,89 Mill. Mark investiert. Auch die  
Summe von 1907, die 106,71 Mill. Mark betragen hatte, ist  
bereits wieder überschritten, und es fehlt nicht mehr viel, daß  
auch die im Jahre 1908 investierten Beträge wieder erreicht  
worden wären. Damals wurden in den ersten elf Monaten  
210,91 Mill. Mark in der Montanindustrie investiert.

Der kräftige Wiederaufschwung der Unter-  
nehmungslust im laufenden Jahre ist aus-  
schließlich durch den Ausdehnungsdrang der  
großen schon bestehenden Werke bewirkt. Durch  
Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften wurden nämlich  
in den ersten elf Monaten dieses Jahres allein 149,43 Mill.  
Mark neu aufgenommen, während die entsprechende Vorjahrs-  
summe nur 75,49 Mill. Mark betragen hatte. Die Kapitaler-  
höhungen der Aktiengesellschaften waren überhaupt noch  
nicht so groß gewesen wie in diesem Jahre; sie betragen 1908  
in den ersten elf Monaten 74,33, 1907 60,43 und selbst 1906  
nur 102,72 Mill. Mark.

Wenn es andererseits in diesem Jahre auch nicht so zu einem  
solchen Anreiz führte, neue Aktiengesellschaften zu  
gründen, wie in manchen anderen Jahren, so zeigt sich doch,  
wie durch oben angeführte Kapitalerhöhung der Ausdeh-  
nungsdrang in der Montanindustrie sich geltend macht. Und  
mit Recht wird das auf einen kräftigen Wiederaufschwung  
der Unternehmungslust in diejenigen Unter-  
nehmerkreise, die auch im Ruhrbergbau domizilieren,  
zurückgeführt. Die Industrielien haben die Unternehmungslust  
nicht allein auf die gegenwärtigen Verhältnisse aufgebaut,  
sondern sie schauen hoffnungsvoll in die Zukunft. Wer will es  
den Bergarbeitern verdenken, wenn auch sie mit Hinblick auf  
eine noch bessere Entwicklung der Geschäftslage in nächster Zu-  
kunft Aufbesserung ihrer Löhne verlangen?

**Die Gewinne der Bergwerksgesellschaften.**

Daß die Gewinne der Bergwerksgesellschaften im Laufe  
dieses Jahres nicht geringer geworden sind, haben wir im Laufe  
der letzten Monate an einer Menge Geschäftsabschlüsse zeigen  
können. Eine ganze Reihe großer Gesellschaften gibt es, die  
den Arbeitern nicht einmal mit der jetzt gang und gäbe ge-  
wordenen Antwort antworten können, als ob eine Erhöhung der  
Löhne um 15 Prozent die weitere Fortführung der  
Werkstätigkeit stellen würde. So stellt man sich wenigstens  
in der Werkspresse an. Das beste ist, man stirbt sich überhaupt  
nicht an dieses Geschrei, weil bekannt ist, daß die Werksbesitzer  
und ihre Verbündeten noch stets über Einstellung der Betriebe  
geschrieben haben, sobald von ihren Lohn erhöhungen irgend-  
welcher Höhe gefordert wurden. Gätten die Bergarbeiter 15  
Prozent verlangt, wir könnten daselbe Geschrei ver-  
nehmen! Wie aber kommt es, daß nicht schon 1906 und 1907  
die Betriebe zugrunde gingen, als die jetzt von den Bez-  
gleuten geforderten Löhne noch verdient wurden? Heute haben  
wir dieselbe Förderung wie damals. Aber die Preise, wird  
man sagen! Nein, auch diese stehen heute noch so hoch, wie in  
den Hochkonjunkturjahren, die niedrigen Preise sind aber nur  
eine vorübergehende Erscheinung gewesen und soweit sie noch  
vorhanden, werden sie bald den alten hohen Preisen Platz machen  
müssen.

Die Gewinne selbst betragen sich im Laufe dieses Jahres  
wie folgt:

Ort	1. Quartal			2. Quartal			3. Quart.		
	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.	
Sarpen	2 460 000	3 779 000	4 036 000						
Hibernia	2 623 493	2 456 767	2 563 116						
Heinrich	111 481	115 759	149 490						
Mülheimer Bergwerks-Verein	600 188	601 498	621 565						
Königsborn	369 665	351 546	632 297						
König Wilhelm	354 857	545 151	—						
Tassen	171 524	179 203	193 159						
Bochumer Bergwerksverein	62 355	95 641	151 363						
Graf Bismarck	1 000 066	1 002 869	1 036 142						
Emal	801 605	1 023 172	1 108 730						
Friedrich der Große	588 440	454 994	525 965						
König Ludwig	423 503	426 126	429 221						
Königin Elisabeth	330 835	410 458	—						
Rudolf	377 146	342 154	364 648						
Helene und Amalie	—	328 200	356 376						
Eintracht-Liesbau	143 501	147 738	—						
Josephine Deimelsberg	94 016	102 323	154 860						
Constantin der Große	—	—	1 252 840						
Deutschland	125 546	115 988	136 614						

Genaltige Kohlenmengen werden von den großen Gütt-  
zechen gefördert, d. h. Gesellschaften, die nur mit einem Teil  
ihrer Kohlenförderung beim Syndikat umlagerechtigt  
sind, weil sie für den Selbstverbrauch (Hütten, Fabriken) große  
Mengen fördern und deshalb Sonderrechte vor den sogenannten  
reinen Werken besitzen, die ausschließlich des Selbstverbrauchs  
auf den Absatz ihrer Kohle durch das Syndikat angewiesen sind.

Im Geschäftsjahr 1909/10 förderten die Gesellschaften  
Rhodur (in Tonnen): 4 637 437 (1908/09: 4 337 522), Güte-  
hoffnungshütte: 3 241 532 (3 010 586), Bochumer Verein: 843 412  
(804 574), Union: 1 066 898 (939 857), Sönd: 1 180 683  
(1 193 913), Deutsch-Rheinberg: 3 183 754 (2 984 734), Gelsen-  
kirchener Bergwerks-Gesellschaft: 8 203 560 (8 580 014) und Rhein-  
ische Stahlwerke 1 017 016 (1 008 246).

Diese Güttzechen-Gesellschaften weisen in ihren Geschäfts-  
abschlüssen folgende Ziffern auf:

Hohgewinn	Abzehrungen		Dividende		
	1909/10	1908/09	1909/10	1908/09	
Mr.	Mr.	Mr.	Mr.	%	
Rhodur	30 145 334	23 000 600	12 888 102	11 856 900	15
G. Hoffnungsh.	12 131 969	11 828 736	5 130 076	5 103 383	20
Bochumer V.	5 420 516	5 235 793	1 790 660	1 642 968	12
Union	5 222 482	4 390 298	2 934 975	2 847 388	5
Sönd	8 011 695	7 461 227	2 552 398	2 695 116	18
Deutsch-Rheinb.	11 261 631	8 768 429	5 440 742	5 100 000	11
Gesellschaft	24 142 163	24 142 105	11 100 000	11 100 000	9
Rhein. Stahlw.	5 632 820	4 764 580	2 722 967	2 625 902	7

Bei den genannten Güttzechen sehen wir, daß im letzten  
Geschäftsjahr von irgend einer wirtschaftlichen Krisis auch gar  
keine Rede zu sein war!

Die Gütt- und Grubenherren  
haben ein reiches Erntejahr hinter sich. Aber auch bei den weiter  
oben vorgeannten Werken besternte sich die Lage bis zum 1. Ok-  
tober 1910 zehnjährig. Werke, die im II. Quartal gegenüber  
dem vorhergehenden I. Quartal noch geringere Betriebs-  
leistung erzielt hatten, fingen an, im III. Quartal diese Verluste  
wieder einzuholen. Also sehen wir: Zunahme der Produktion  
und des Absatzes, Steigung der Unternehmungslust und Ge-  
winne! Alles Zeichen und die hauptsächlichsten Merkmale der  
aufwärtssteigenden Konjunktur.

Die Grubenherren rafften schon Hunderttausende und  
Millionen Mark mehr wie in den letzten Vorjahren ein, aber  
die Bergarbeiter hielt man bei niedrigen Löhnen knapp,  
reduziert sie teilweise weiter. Jetzt, wo es aufwärts geht, will  
man den Bergleuten nur mit Pfennigen und zwar nur langsam  
zurückgeben, was man im schnellen Tempo großenteils ge-  
nommen hat. Das erhöht die Wirkung des Vorgehens des  
christlichen Gewerkschafts. Dieser läßt Lohnforderung Lohn-  
forderung sein und wirft sich mit aller Gewalt auf die Zer-  
stückelung der Bergarbeitervereine. Im Interesse der Berg-  
werksbesitzer konnte sich der christliche Gewerkschaft keine bessere  
Zeit ausfinden.

**Die Kohlenpreise.**

In der Antwort des Zechenverbandes wird auch Bezug  
genommen auf die Kohlenpreise. Preisermäßigungen hätten  
vom Syndikat beschlossen werden müssen, ob sich da in Walde  
eine Veränderung zum Besseren zeigen wird, vermag niemand  
mit Sicherheit zu übersehen. So der Zechenverband. Scheu  
wir uns die Kohlenpreise näher an. Das rheinisch-westfälische  
Kohlenyndikat hat in den unten angegebenen  
Jahren folgende Richtpreise für seine gangbarsten  
Produkte festgelegt:

Jahr	Hochkonjunktur	Ruß IV Feinkohlen	Ruß IV Feinkohlen	Ruß IV Feinkohlen	Ruß IV Feinkohlen	Ruß IV Feinkohlen
1902/03	15,—	10,—	5,50	7,50	7,50	8,—
1903/04	15,—	10,—	5,50	7,50	7,50	8,—
1904/05	15,—	10,—	5,50	7,50	7,50	8,—
1906/07	15,57	10,40	6,—	8,—	8,—	9,20
1907/08	16,50	11,—	7,50	8,50	8,—	10,—
1908/09	19,50	12,25	8,50	10,—	10,—	11,—
1909/10	18,50	12,25	8,50	10,—	10,—	11,—
1910/11	18,50	11,75	8,50	10,—	9,25	10,50
1911/12	18,50	11,75	8,50	10,—	9,25	10,50

Das sind die gangbarsten Kohlen unter 94 Sorten, die das  
rheinisch-westfälische Kohlenyndikat in den Handel bringt resp.  
für die sie Notierungen vorgekommen hat. Die meisten  
Kohlenorten bewegen sich in ihren Preisen noch über die an-  
gegebenen hinaus. Es lassen sich in der Tat, wegen der großen  
Verschiedenheit schlecht Schlüsse ziehen, da zwischen Notierungen  
und Erlös oft ziemlich große Differenzen sind. Wehren sich  
die Verhältnisse, denkt das Syndikat gar nicht daran, bei den  
einzelnen Sorten an den Richtpreisen festzuhalten. Es wird  
eben zu höheren Preisen bei neuen Umschlüssen verkauft. Aber  
der engeren Geschäftslage und dem Geschäftsgang im Syndikat  
hat ja die Öffentlichkeit noch keine genügende Kenntnis.

Buedspende! Um die Agitation für Ausnahme- bzw. Zucht- hausgefesse gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu fördern!

Zu die Millionen Mark gehen die Summen, die man an Lantienen an Aufsichtsratsmitglieder und Direktoren wegwirft. Einzelne Leute sind in mehreren Duzend Gesellschaften Aufsichtsratsmitglieder, erfinden fast im Golde! Und doch ist ihre Arbeit nicht mehr wert, als die eines subalternen Beamten!

So sind im Geschäftsjahr 1909/10 von der Gesellschaft König an Lantienen an Aufsichtsrat und Vorstand 1 538 648 Mk. gezahlt worden!!! Und diese Gesellschaft gehört auch zu denen, die nicht die Löhne der Bergarbeiter erhöhen können!

Man läuft sich an Ausschüttung der Lantienen gegenseitig den Rang ab. Eine weitere Anzahl Bergwerksgesellschaften zählt 100 000, 200 000 und 300 000 Mk. und darüber an Lantienen.

Und was kosten den Grubenbesitzern ihre Organisation? Wird nicht auch hier mit den Geldern umgeworfen, als wenn es Dred wäre? Freilich wahr man Unternehmerrückstände dabei, sichert sich Verdienste und gibt sich die Grundlage, Gegenströmungen widerstehen zu können.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat erhebt von den Gesellschaften sogenannte Umlagen, die der Öffentlichkeit gegenüber ziemlich verschleiert werden. Man weiß nur, was auf pro Tonne Kohlen, Koks und Bricketts entfällt, im übrigen bleibt man im Unklaren. Für das vierte Quartal 1910 wurden für Kohlen 10 Prozent, für Koks 7 Prozent und für Bricketts 9 Prozent Umlage festgesetzt. Was das bei einem Tonnenpreis von 10 Mk. schon ausmacht, kann sich jeder ausmalen. Wie die Umlagen die einzelnen Gesellschaften belasten, erfahren wir z. B. im Geschäftsabschluss der Beche Mont. Cenis, einer Beche von mittlerer Größe. Hier hat die Steigerung der Umlage von nur 1-2 Prozent im letzten Geschäftsjahr eine Mehrausgabe von 183 345 Mk. gegen das Vorjahr verursacht! Das läßt Schlüsse zu auf die Gesamtsummen, die die Umlagen erfordern.

Wieviel Millionen werden da zusammengetragen, um die Preispolitik der Bergwerksgesellschaften bzw. des Syndikats zu stützen? Man spreche sich einmal Klipp und Klar aus, auch darüber, für welche Einzelzwecke die Umlagen verwendet werden. Die Welt wird ihr blaues Wunder erleben. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht über die Preispolitik, soweit sie bekannt ist, aussprechen. Daß sie eine volkswirtschaftlich einwandfreie ist, wird so leicht keiner behaupten können. Schlenderpreise und Apothekerpreise für die Bergwerksprodukte wechseln da ab. Von den Umlagen werden Rückvergütungen vorgenommen, Prämien gezahlt, Eigenbetriebe des Syndikats eingerichtet. Dabei ist eine Politik vorherrschend, die die Klagen weiter Kreise über sie nicht verstummen läßt. Kurz und gut; Millionen bringen die Umlagen herauf, nur geht man bei Beurteilung dieser Erhöhung werksseitig herum, wie die Stabe um den heißen Brei, während das Getöse über die steigende Belastung durch Steuern und soziale Lasten nicht aufhört! Wir werden uns mit der Wirtschaftspolitik ja später auch zu beschäftigen haben. Für heute wollen wir nur gesagt haben, daß die Bergwerksbesitzer nicht auf Geld sehen, wenn es sich um Wahrung ihrer Interessen handelt. Verlangen die Bergarbeiter aber einige Groschen Mehrlohn, dann schreit man über „Mun“ der Bergwerksindustrie. Das ist, was kein vernünftiger Mensch begreifen kann! Und das in Verbindung mit den weiter oben gegebenen Darstellungen legt den Bergarbeitern die Verpflichtung auf, auch an sich zu denken und an der Forderung einer entsprechenden Erhöhung der Löhne festzuhalten.

Alles, was wir oben angeführt haben, zeigt die Berechtigung der Lohnforderung der Verbände. Eine große Anzahl Werke sind auch in der Lage, die Höhe von 15 Prozent Glattbewilligen zu können! Andere schlechter gestellte Werke könnten gleichfalls Entgegenkommen zeigen. Wie weit solches gehen kann, müßte den Verhandlungen überlassen bleiben. Verhandlungen führen zu Verständigungen. Verhandlungen von Organisation zu Organisation pflegen, das wollen aber die Werke nicht. Also bleibt den Bergarbeiterorganisationen nichts anderes übrig, ihre Forderungen in vollem Umfang generell zu erheben. Was dabei herauspringt, wird ja die nächste Zukunft lehren!

Wer will die Bergarbeiterbewegung parteipolitisch ausbeuten?

Angeichts der unverantwortlichen Schereien der sich fälliglich christlich nennenden Gewerkeführer gegen das gemeinsame Handeln aller Bergleute ist verbandseitig schon in der Presse und in Versammlungen Stellung genommen worden. Und schon hat sich gezeigt, daß die unter dem gleichen Dach wie die Verbände leuchtenden Kammeraden im schwarz-blauen Gewerkeverein mit dem Treiben ihrer „Führer“ durchaus nicht einverstanden sind. Wohl behaupten die Herren Ambüß, Effert, Mürrup, Behrens und Genossen, sie hätten die „christlichen Gewerkevereinsmitglieder“ hinter sich. Das ist aber nicht wahr! Viele Mitglieder protestieren gegen die Streikbrechergelüste und Gelblicht der Gewerkevereinsleitung! Beispielsweise fand in Votrop, einer der wenigen dem Gewerkeverein bisher noch verbliebenen Hochburgen, eine von 500 bis 600 Bergleuten besuchte Versammlung statt, wo Köppler referierte, die Zerplitterungsaktion scharf geißelte. Circa ein Drittel der Versammelten waren Gewerkevereinter. Aber obgleich der Bezirksleiter Velsen vom Gewerkeverein seinen Vorstand festig verteidigte, fand doch folgende Resolution einstimmig Annahme: (Vorher hatte Velsen das Lokal verlassen.)

„Die am 18. Dezember d. J. in Votrop, im Lokale des Herrn Sulzerum stattfindende von 600 Bergleuten besuchte Versammlung spricht der Gewerkevereinsleitung für die Verhältnisse anlässlich des Streiks auf jede Weise und in der Lohnfrage ihre jährliche Billigung aus. Durch das Verhalten der Gewerkevereinsleitung sind die Bergarbeiter schwer geschädigt. Darum kann die Versammlung auch zum Gewerkeverein kein Vertrauen mehr haben. Die Versammlung fordert die Bergarbeiter auf, sich dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands anzuschließen, in welchem die Interessen der Bergarbeiter wirksam und ohne Rücksicht auf politische Momente vertreten werden.“

Gleichfalls erklärten sich am selben Tage in einer in Hesse-Auer abgehaltenen Versammlung, wo Hoforny sprach, auch die zahlreich erschienenen Gewerkevereinsmitglieder ausdrücklich gegen das Verhalten ihres Vorstandes. In Hochlarmark, Sorstermark, Heddinghausen, alles Orte im schwarzen Münsterland, fanden ebenfalls Versammlungen statt. Dort traten Gewerkevereinsmitglieder sofort zum Verbande über. Wie sich sonst die Gewerkevereinsmitglieder stellen, das können die „bedeutenden“ Strategen der Christlichen auf dem Bureau des Bergarbeiterverbandes sehen, wo in den letzten Wochen haufenweise Uebertritte aus dem Gewerkeverein, zum großen Teil alte Mitglieder, angemeldet werden! Vers nicht glaubt, kann sich selber auf dem Verbandsbureau überzeugen. Auch der krankhafte Versuch Efferts, in einer Rede in Norbeck, für die Mißhandlung des Gewerkevereinsvorstandes nun die Ausschussmitglieder verantwortlich zu machen, legt widerwillig Zeugnis für die ärgerliche Stimmung der Mitglieder ab. Sie können das „Gut“ und „Gott“

der „bedeutenden“ Männer im Gewerkevereinsbureau einfach nicht begreifen und noch weniger gutheißen.

Gegen den Versuch der Gewerkevereinsleiter, die Lohnbewegung als eine „parteiolitische Wache der Sozialdemokraten“ zu denuncieren, nehmen auch die Organe der beiden anderen Gewerkevereine Stellung. „Der Bergarbeiter“, Organ des Sirsch-Dunderschen Gewerkevereins, knüpft sich die Denunzianten gründlich vor. Er konstatiert zunächst die standalöse Preisgabe der bis dato vertraulich geführten Vorberatungen und schreibt dazu:

„Hier muß hervorgehoben werden, daß von anderer Seite über eine beabsichtigte Lohnbewegung überhaupt noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen war. Es konnte also noch nicht von einer Zertrümmerung des christlichen Gewerkevereins oder von Vorarbeit für die nächsten Reichstagswahlen geredet oder geschrieben sein. Es war der christliche Gewerkevereinsvorstand, der das politische Moment schon in die Arena warf, als die anderen Organisationen gemeinsam noch gar nicht über die zu unternehmenden Schritte beraten hatten. Auch bis jetzt ist nirgends etwas geschehen, was danach aussieht, daß der alte Verband aus politischen Gründen die Anregung zur Einreichung einer Lohnforderung gegeben hätte. Daß aber eine Lohnforderung am Blase war, hat ja der Vorstand des christlichen Gewerkevereins selbst dadurch zugegeben, daß er diesbezüglich ein Bittgesuch an den Zechenverband einreichte. Die anderen drei Verbände traten am 30. November zusammen und einigten sich auf die bekannte Eingabe an den Zechenverband und die fiskalische Grubenverwaltung der westfälischen Gruben. Jetzt werden wir nun verdächtigt, daß wir mit dem alten Verband gemeinsam die Forderungen eingereicht haben. Ist das nicht geradezu lächerlich? Auf die erste Einladung hatten wir unsere Zusage gegeben, daß die Kostendigkeit einer Lohn-erhöhung von uns längst in Versammlungen und im Organ geordert war. Da geschah das von uns für unmöglich Gehaltene, daß der christliche Gewerkeverein allein vorging, nachdem von anderer Seite der Anstoß gegeben war. Sollten wir nun nicht wegen dieser Eigenbrödeli anderen Sinnes und Begier einer Lohnforderung werden, für die wir schon immer eingetreten waren? Oder sollten wir auf die Weidung der Scharfmacherpreise hin, daß der christliche Gewerkeverein ein Bittgesuch abgehängt habe, nach Essen eilen, um dort in der Zentrale des Gewerkevereins die „Erlaubnis“ eingeholen, das Bittgesuch mit unterzeichnen zu dürfen? Eines von beiden muß man uns doch zugemutet haben, andernfalls wären die Verdächtigungen erst recht nicht zu verstehen.“

Da wir eine Lohnforderung für am Blase hielten und es eine unbedeutende Tatsache ist, daß eine Forderung nur dann den notwendigen Eindruck macht, wenn die Arbeiterschaft geschlossen dahinter steht, waren wir für die Einreichung der bekannten Forderungen. Daß der alte Verband Nebenwege verfolgte, haben wir ohne die geringsten Bedenken erst durch die vom christlichen Gewerkevereinsvorstand inspierte Presse erfahren. Wenn der christliche Gewerkeverein Weise für seine Behauptungen in der Hand hatte, wäre es seine Pflicht gewesen, uns und die Polen davon in Kenntnis zu setzen. Dieses um so mehr, als wir in Meggen (Sauerland) mit ihm in einer gemeinsamen Bewegung stehen, in deren Forderungen auch an erster Stelle eine 15prozentige Lohnforderung steht.

Es ist deshalb nichts als eine lässige Entstellung der Tatsachen beim Vorgänge, wenn man uns wegen unserer Haltung in der Lohnbewegung in der Weise angreift, wie es seitens des christlichen Gewerkevereins geschieht, da man in Essen sehr gut weiß, daß wir eine Bewegung, die aus politischen Gründen eingeleitet würde, nicht gutheißen würden.“

Das sind klatschende Ohrfeigen für die überklugen „Christlich-nationalen“ Generäle, die da glauben, durch weitere Denunziationen einen Keil auch zwischen die ihre gewerkevereinschaftliche Pflicht erfüllenden Vorstände der drei Verbände zu treiben. Dabei geht freilich der Auftrag der dirigierenden „hohen Herren“ hinter der Gewerkevereinsleitung; aber nun müssen sie sich von einem Bergarbeitervertreter, der auf einem anderen parteipolitischen Standpunkt als wir steht, sagen lassen, daß sie unverantwortlich denunziert und insam entkleidet haben.

Auf die Polem hatten die gelbsüchtigen Denunzianten vornehmlich ihre Hoffnungen gesetzt. Mit allerhand Drohungen, gefälschten und entstellten Zitaten ist von dem Bureau aus, auf dem auch der Sprachensparagrah-Wehrens amtiert, auf die Polenvereinigung eingewirkt worden, um sie zum Solidaritätsbruch zu verleiten. Nun erörtert der „Glos Gornika“, das Organ der polnischen Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter) ihre Stellung zur Lohnbewegung. Das Blatt erinnert an die vorjährige Aktion der vier Bergarbeiterverbände gegen den Zwangsarbeitsnachweis und schreibt weiter:

Schon dazumal hat sich gezeigt, daß der christliche Gewerkeverein ein schlechter Bundesgenosse ist. Er hat die Einführung des Extrabehaltes von der Rehabilitation der Mitglieder abhängig gemacht. Wegen dieses Vorgehen konnte man zwar nichts sagen, aber der Gewerkeverein, trotzdem daß die Mehrzahl seiner Mitglieder sich für den Extrabehalt erklärt hatte, hat ihn doch nicht eingeführt, indem er sich hinter die Bedingungen, die dazu seine Mitglieder gestellt haben, versteckt hat. Das ist nur eine Ausrede und nichts anderes gewesen. Man kann in diesem Falle unehrliche Absichten vermuten, was wir augenblicklich jedoch nicht tun wollen. Der unbesonnene Schritt des Gewerkevereins hat das verursacht.“

In einem zweiten Artikel schreibt der „Glos Gornika“:

Wir wir schon bereits erwähnt haben, hat der christliche Gewerkeverein die Solidarität unter den Bergleuten gebrochen und schickte auf eigene Hand eine Wille, keine Forderung, wegen Lohnerrhöhung. Als Grund zu diesem Vorgehen hat er einerseits angegeben, daß in der letzten Zeit die Sozialisten in schändlicher Weise den Gewerkeverein und seine Führer beschimpft haben, und zweitens wieder, daß die Bergleute von solcher Bewegung keine wirtschaftlichen Vorteile erzielen. Das würde eher eintreten, wenn der Gewerkeverein allein gehen wird. Ob diese Rationalisierung die Kritik aushalten kann?

Handelt es sich um den ersten Grund, so ist es zu verstehen, daß es keine angenehme Sache ist mit Leuten zusammen zu sitzen, mit denen man gekämpft hat und in dem Kampf vor keinem Mittel zurückschreckte. Ob aber durch den Streit der Führer die Arbeiter leiden sollen? Der Gewerkeverein soll jedoch die Leute nicht an der Nase führen, denn es finden sich wenig Dumme, die sich durch ihn leiten lassen.

Also auch von dieser Seite eine deutliche Abklage an die Aufforderer zum Streikbruch. Was will es demgegenüber besagen, daß der letzte „Verglapp“ die alten Denunziationen nun aufwärmt und sich von den Zeitungen anderer „Glos-Gladbacher Zentrums-Gewerkevereine“ die „kluge Haltung“ beschleunigen läßt. Das Endurteil sprechen die Bergleute!

Daß die überklugen Strategen in der Patsche sitzen, hat in der ihm eigenen „bedeutenden“ Weise Johann Effert in Vorbeck am 18. Dezember verraten. Im „Verglapp“ werden erschlüssliche Verbeugungen vor den Unternehmern gemacht, wird der Streik ganz im Stille des gelben „Bundes“ und der „Verglapp“ Richtung als eine verbrecherische Ablicht der „Mittler“ hingestellt, alles um die neueste, brave, „Kaiserhaltende“ Meinung der Gewerkevereinsleiter im hellsten Lichte einstrahlen zu lassen. Dagegen tritt der Generalsekretär Effert schon wieder hin und wieder mit dem Streikgedanken! Er sagte in Vorbeck, ein Streik könne nur zur Zeit der Hochkonjunktur im „Inlande“ Erfolg haben. Ja, wenn das zutrifft, so ist es doch auch richtig, daß nur eine einzige Bergarbeiterchaft siegen kann! Der Gewerkevereinsvorstand hat aber nicht erklärt, daß er nur wegen der „ungünstigen Zeit“ keine gemeinsame Bewegung wolle, sondern er hat das Zusammengehen rundweg abgelehnt! Darüber sind auch die Gewerkevereinsmitglieder nicht einig, und man kann auf den Gedanken kommen, Effert habe diese Mißstimmung mit erneuten „Radikalismus“ beschwichtigen wollen!

Zu dieser Annahme verleitet auch folgender interessanter Passus in der Effert-Rede in Vorbeck: „Der Streik erfordert eine rechtzeitige Rücksprache mit den Bergarbeitern des Auslandes...“

Nun sieh mal einer an! Eine Verständigung mit den inländischen Bergarbeiterverbänden lehnt der Gewerkevereinsvorstand schroff ab, ferner hat er bereits vor Jahren die Teilnahme an den internationalen Kongressen und Konferenzen abgelehnt! Und doch verlangt der „bedeutende“ Gannes-Effert „eine rechtzeitige Rücksprache mit den Bergleuten des Auslandes!“ Das klingt furchtbar radikal, soll offenbar die mit der „Gut- und Gott“-Politik ihrer „Führung“ unzufriedenen Mitglieder beschwichtigen. Es ist aber leeres Geschwätz! Effert und Genossen verhindern ja gerade im Auftrage der „Kaiserhaltenden“ Partei-leiter das Zusammengehen der Bergleute mit nationalen und im internationalen Rahmen, verdächtigen obendrein die gemeinsam operierenden drei Verbände zur Freude der Scharfmacher in der unerhöflichsten Weise und dann schwafelt Gannes in „bedeutendem“ Ton über die Notwendigkeit sogar der internationalen Bergarbeiterorganisation.

Wie dumm müssen die Herrschaften doch die Bergleute einschätzen, daß man glaubt, sie ließen sich heute noch über die gelbe Bundesejinnung der gelben Gewerkevereinsgeneräle hinwegtäuschen.

„Christliche“ Grundzüge und Sitten in Holland.

Der alte Fritz hat einmal gesagt: „Und mit solchem Bad muß man sich herumschlagen!“ Das können unsere holländischen Freunde dem alten Fritz recht nachsagen. Keine Wache geht vorüber, daß nicht die christlichen Eigenblätter die katholische Bevölkerung gegen den holländischen Bergarbeiterverband aufzuheben suchen, eine Taktik, womit der „Verglapp“ gleichfalls tapfer operiert. Aber wie in Deutschland, so sind auch die „Christlichen“ in Holland nicht immer glücklich im Kampfe gegen uns und oft genug verwunden sie sich mit ihren eigenen Waffen. Jormal in der letzten Zeit hat sich dieses gezeigt. Im christlichen „Mynwerker“ vom 15. Oktober schrieb man u. a. folgendes auf Rechnung der freien Gewerkschaften:

„Schändliche Ereignisse erlebt man jetzt wieder in Frankreich, im Lande, wo mit roher Gewalt die christliche Nächstenliebe und jede christliche Sittenlehre aus dem Herzen des Volkes gejert wird. Die Tagespresse meldet uns hierüber folgendes: „In Gahre wurde ein Arbeiter, Vater von drei Kindern, auf der Straße mit Faustschlägen gelötet, lediglich weil er an einem Streik seinen Teil nahm.“

Herr Zielemans — für den westfälischen Bergarbeiter kein Unbekannter — fügte hier noch zu:

„Diese schändliche Tat fand statt in Frankreich, im Lande der Freiheit, beherrscht vom Geist des Materialismus und Sozialismus. Das ist das Bild der Freiheit, welche keinen Neben sich duldet.“

Christliche Arbeiter, merkt euch dies Ereignis gut, denn es ist für uns viel daraus zu lernen. Es zeigt uns, zu was für abscheulichen Taten eine Gewerkschaft fähig kommt, welche die christlichen Grundzüge und Sittengesetze verspottet.“

Die Tat von Gahre, sagt Zielemans, zeigt, zu welchen unchristlichen Tingen eine Gewerkschaft fähig ist, die christliche Grundzüge verpöht. Ach so, solche Dinge kommen also nicht vor, wo die Arbeiter volle Achtung haben mit den christlichen Grundzügen und Sitten? In Gahre wurde, einem Deutschen in der katholischen Provinz Nord-Brabant, war das Resultat aber doch ein wenig anders; da, wo alle Arbeiter, dem Befehle der Kirche gemäß organisiert sind, sind während dem Streik die Streikbrecher von den katholischen Arbeitern mehrfach sehr übel zugerichtet worden. Auch war dies der Fall in Beaulieu, ebenfalls in Nord-Brabant. Am selben Tage, wo Zielemans der freien Gewerkschaft einen Rupptritt zu geben glaubte mit dem Erzählen des Ereignisses von Gahre, senden wir folgende Nachricht in „De Courant“:

„Der Streik in Waalwijk. In Waalwijk ist ein Flugblatt verbreitet worden, unterzeichnet: Mehrere Einwohner von Waalwijk und Wesschen, in welchem die Firma S. v. Schandl aufgefodert wird, mit der römisch-katholischen Fachabteilung in Unterhandlung zu treten.“

Inzwischen sind in den letzten Nächten Frevel verübt worden; Fenster wurden eingeworfen und Streikbrecher belästigt. Ueber Gändler und Kaufleute, von welchen man glaubt, daß sie nicht mit den Streikenden sympathisieren, wird der Boykott ausgeprochen.“

Wie man sieht, kommen auch in frommen Gegenden Streikaus-schreitungen vor. Es gibt in Holland sogar fromme Organe, die es sehr mit ihren „Sittengesetzen“ vereinbar halten, selbst zu Tätligkeiten bei Streiks aufzufordern. Darin folgendes Zeugnis:

Das „Soog-Vindacht“, welches redigiert wird durch Kapitan J. J. M. Boel, einen Mann, der auf der Jahresversammlung von Gredo Bigno, wo auch Zielemans Mitglied ist, die Limburgischen Arbeiter unterrichtet und sie vertraut macht mit den christlichen Grundzügen und Sittengesetzen, schrieb in seiner Nummer vom 1. Oktober d. J. auch über Streikbrecher. Der Artikel trug die Ueberschrift: Unlauterer Wettbewerb.“

Nachdem hervorgehoben wird, daß Kleinbürger und Arbeiter „katholische“ natürlich — ungefähr denselben Grundfäden huldigen über Regierungseinnennung und Koalitionsrechte der unlauteren Wettbewerb der kämpfenden Arbeiter gegenüber, also der Streikbrecher, wird gesagt, wie man gegen die Streikbrecher vorgehen darf:

„Wir dürfen darum die Streikbrecher aber nicht totschlagen, wie man es in Gahre tat; nicht, wie die Sozialisten in Genuesines zu tun beschloffen, dem Streikbrecher das Kartoffelfeld oder den Gemüseshof zu vernichten, nicht seinen Brunnen zu verschmutzen oder seine Frau und Kinder zu schlagen.“

Allein ihn zu überreden suchen? Sagt mal, tut man das auch mit einem Diebe? Ob der Herr gefälligst fortgehen und das Gehtölene wieder abgeben will, denn Stehlen ist unchristlich!“

Das war nicht ganz deutlich. Man soll nicht tun, wie man es in Gahre tat, aber nur allein Ueberredungsmittel anwenden, braucht man auch nicht! Das tut man ja auch nicht mit einem Diebe, der über Nacht bei uns einbricht. Aber was soll man dann wohl tun? Welche Mittel soll man anwenden? Das war die Frage, welche nicht beantwortet wurde.

In der folgenden Nummer (vom 8. Oktober) gibt der Redakteur eine nähere Erklärung.

Man hätte sich besonnen, es sei wohl etwas zu gelehrt und es wäre eine verwickelte Geschichte. Aber jetzt wurde er doch ein wenig deutlicher.

Zuerst sagt das Blatt, daß die Leute, welche recht haben, nichts anderes tun dürfen gegen die Streikbrecher, als ein Gespräch führen. Aber es wird auch gesagt, daß je weiter gehen dürfen! Nachdem er einige Personen und Blätter genannt, u. a. Prof. Potier, welcher dies verteidigt, sagt der Redakteur wörtlich:

„Daß man bei dem Verweh nicht weiter gehen darf als nötig ist, um das Streikbrechen unmöglich zu machen, ist deutlich; man soll es nicht darauf ankommen lassen, einen Dieb loszuschlagen, wenn man mit einem Schuß in die Luft erreichen kann, daß er ergriffen wird; und zwischen einem Schuß in die Luft und einem tödlichen Schuß gibt es noch Schüsse, welche ihn an anderen Stellen treffen können, so daß man doch sicher ist, sein Eigentum zurück zu erhalten.“

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ein Streikbrecher ist ein Dieb und mit einem Diebe macht man kurzen Prozeß. Kann man einen Streikbrecher durch Ueberredung nicht bekehren, wohl, an, dann darf man so weit gehen als nötig ist, um ihn das Streikbrechen unmöglich zu machen! Man kann damit anfangen, ihn zu plagen usw. — Stißt das nicht, nun, zwischen einem Schuß in die Luft und einem tödlichen Schuß gibt es noch andere Schüsse! Man kann anfangen, auf ihn loszuschlagen und hilft das nicht, dann schlage man ihm z. B. die Beine kaput. Man darf ja so weit gehen als nötig ist, um ihm das Streikbrechen unmöglich zu machen!“

Dies alles ist also erlaubt in Uebereinstimmung mit den christlichen Grundzügen und Sittengesetzen. Das sagen nicht wir, sondern ein Geistlicher, ein Abbuzer einer römisch-katholischen Fachabteilung, einer, der das Seelenheil einer Gruppe von katholischen Arbeitern zu hüten hat. Dieser Grundsatz wird also verteidigt in Brabant und Limburg.

Eine Woche später kam die christliche Eigenpresse in Holland mit folgender sensationellen Nachricht:



verein Anordnung festgestellt wird, dieselbe Presse dies als eine Frucht der unmoralischen sozialdemokratischen Erziehung denunziert? Wir erinnern an die wilde Hebe der Zentrums- und Rechtenpresse gegen die Geschäftsführung des 1890 gegründeten, bald wegen der Reue der Sache und des kapitalistischen Druckes zugrunde gegangenen rheinisch-westfälischen Konsumvereins der Bergleute. Damals sollten die Konsumleiter alle Spitzhüben und Betrüger sein und sogar der damalige Vorstand unseres Verbandes, der auf Beschluß einer Generalversammlung dem Konsumverein 10 000 Mk. Gründungskapital vorgehen hatte, mußte sich die niederrichtigsten Verleumdungen heischen. In einem von Schröder gegen Quandel deswegen angestrengten Prozeß vermochte dieser Herr seine Anschuldigung nicht zu beweisen.

Warum so stille über den Zusammenbruch des Eisfelder Konsumvereins? Warum so zartfühlend gegen seinen Geschäftsführer Will, der die 10 000 Mark unterschlagen hat?

Der Eisfelder Konsumverein ist eine „christlich-nationale“ Gründung und der Defraudant Will ist ein „christlich-nationaler“ Arbeiterführer! Das ist das Rudel's Kern. Will und Ermert, der fastsam bekannte Selbstführer, gehörten zu den Hauptgründern des Konsumvereins. Als sich die Siegerländer 1903/04 wieder von dem „Gewerksverein christlicher Bergleute“ trennten, da hat bekanntlich August Ruzicki sich alle Mühe gegeben, schon damals ihren Konsumverein mit verworrenen Mitteln zu ruinieren. Unsere Veröffentlichung der diesbezüglichen Dokumente hat den Konsumverein damals noch vor der zerstörenden Wut des Gewerksvereinsvorsitzenden gerettet. Später ging Ermert als „reichstreuer“ Sekretär nach Waldenburg, Will und Gehilfen die Geschäftsführung. Wie, das zeigt der jetzige Zusammenbruch, 10 000 Mark Arbeitergroßchen hat die „christlich-nationale“ Staatsstille Will unterschlagen! Er scheint seine verbrecherische „Geschäftsführung“ jahrelang unbehelligt betrieben zu haben. Daß er gleichzeitig „für Thron und Altar“ eintrat und „Noie“ verbriefte, sicherte ihm das Vertrauen der „Staatsbehörden“. Nun ist sein Verbrechen entdekt — und jetzt will die „christlich-nationale“ Presse mit höchster Eile, daß der Verbrecher einer der bekanntesten „christlich-nationalen“ Sozialistenfresser im siegen-nassauischen Lande war.

Wäre der Defraudant ein Mitglied unseres Verbandes oder gar ein sozialdemokratischer Führer gewesen, wir hätten das Geschick beschreiben sollen! Mit wuchtigen Anklageartikeln hätte die „Staatsbehörden“ Presse den Fall gegen die Arbeiterbewegung ausgeschlachtet. Nun aber herrscht mildeblütige Stille über den „Staatsbehörden“ Gewässern. Denn die 10 000 Mark hat eine „christlich-nationale“ Staatsstille unterschlagen.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**Wie der Landrat von Cnern in Offen das Reichsvereinsgesetz auslegt.**

Die Mitglieder der Zahlstelle Kupferdreh unseres Verbandes befinden sich in ständigem Kampf um ihre Versammlungsfreiheit. Sie mühten gegen die ungesetzliche Ueberwachung einer Mitgliederversammlung Beschwerde führen und dabei erleben, daß man sich nur an preussische Verwaltungsbeamte zu wenden braucht, um „Recht“ zu bekommen.

Die Beschwerde wurde von unserem Vertrauensmann der Zahlstelle wie folgt eingeleitet:

„Kupferdreh, Hauptstr. 110, den 15. September 1910. An das Bürgermeisteramt zu Kupferdreh.“

Ich bin Vertrauensmann der Zahlstelle Kupferdreh des deutschen Bergarbeiterverbandes. Als solcher hatte ich am 11. d. M. den Saal des Wirtes Schwammhorn, Wieseng bei Kupferdreh, von 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. gemietet zu einer Mitgliederversammlung des Verbandes. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung standen: Knappschäftliches und Verschiedenes. In dieser Versammlung erschienen zwei Schulleute zur Ueberwachung der Versammlung. Ich machte die Schulleute darauf aufmerksam, daß hier eine Mitgliederversammlung des Verbandes stattfindet, zu der die Polizei keinen Zutritt habe. Die Schulleute erklärten, das hätten sie nicht gewußt, sie handelten auf Anweisung ihres Vorgesetzten. Indes gingen sie. Nach einiger Zeit erschien der Polizeikommissar Wenner mit den zwei Schulleuten wieder, um die Versammlung zu überwachen. Alle meine Vorstellungen gegenüber den Beamten, daß es sich um keine politische und um keine öffentliche Versammlung, sondern daß es sich um eine Mitgliederversammlung handle, waren vergebens. Der Kommissar mit den zwei Schulleuten blieb bis zum Schluß der Versammlung anwesend.

Ich lege gegen dieses Verhalten der drei Polizeibeamten Beschwerde ein und ersuche Sie anzudeuten, daß Sie in Zukunft die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes respektieren bzw. genauer sich mit den betreffenden Bestimmungen vertraut machen. Des Weiteren bitte ich, mir den Eingang meiner Beschwerde zu bestätigen und mir mitzuteilen, was seitens der Aufsichtsbehörde gegen die Beamten, die ungesetzlich gehandelt haben, geschehen ist.

Mit aller Hochachtung!

gez.: A. .... S. ....

Darauf kam folgende Antwort:

„An Herrn A. .... S. ...., Kupferdreh.“

Nach der protokollierten Aussage des Wirtes Schwammhorn hat er Ihnen am 11. September dieses Jahres vormittags das betreffende Geschäftszimmer in seiner Wirtschaft nicht zur ausschließlichen Benutzung für eine Mitgliederversammlung vermietet; er hat auf Ihren Wunsch an der Zure des Zimmers einen Zettel mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“ angebracht, damit, wie ihm (dem Wirt) gesagt wurde, „nicht ein jeder“ das Zimmer betreten solle. Dies hat auch der Wirt Schwammhorn dem Polizeikommissar Wenner mitgeteilt, als er sich nach der Veranstaltung in dem mit der Aufschrift „Geschlossene Gesellschaft“ bezeichneten Zimmer erkundigte.

Der Polizeikommissar war hiernach zu der Annahme berechtigt, daß es sich in dem vorliegenden Falle nicht um eine in sich abgeschlossene Gesellschaft bzw. um eine Vereinsversammlung in einem ausschließlichen hierzu bestimmten Raume handelte; die näheren Umstände, insbesondere der Umstand, daß sich in dem Lokal 45 Personen eingefunden hatten — eine für das fragliche Lokal zu der betreffenden Tageszeit ungewöhnlich hohe Zahl — führten vielmehr zu der Vermutung, daß eine öffentliche Versammlung abgehalten werde, wobei die weitere Vermutung nicht unbegründet erschien, daß in der Versammlung politische Angelegenheiten erörtert werden würden. Um sich über den tatsächlichen Charakter der fraglichen Versammlung Gewißheit zu verschaffen, war der Polizeikommissar berechtigt, das fragliche Versammlungszimmer zu betreten und zum Zwecke der Feststellung darin zu verweilen. Daß die Annahme des Polizeikommissars nicht unbegründet war, ergibt sich weiter daraus, daß beim Eintritt der Beamten in den Versammlungsraum die Verhandlungen abgebrochen wurden. Ein weiteres Verweilen der Beamten in dem Versammlungszimmer wurde nach dadurch besonders angefallen, daß der Wirt ihnen Stühle brachte und Bier herbeibrachte, ohne daß hiergegen seitens des Versammlungsleiters Einspruch erhoben wurde. Eine Ueberwachung der Versammlung ist seitens des Polizeikommissars nicht beabsichtigt gewesen. Hiernach liegt keine Veranlassung vor, die in Frage kommenden Polizeibeamten in ihrem Verhalten in vorliegender Angelegenheit zu beschuldigen. (Name unleserlich.)

Darauf wurde folgende weitere Beschwerde eingereicht, die der Herr Landrat von Cnern „erledigt“ hat:

„In meiner Beschwerdesache wider die Polizeibewachung in Kupferdreh, betreffend ungesetzliche Ueberwachung einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kupferdreh des deutschen Bergarbeiterverbandes, lege ich gegen die Zurückweisung meiner Beschwerde, mir zugestellt am 13. Oktober cr., 3. Nr. 4012 II, weitere Beschwerde ein. Ich beantrage, die Polizeibewachung in Kupferdreh beiseite zu lassen, daß die Ueberwachung der fraglichen Versammlung ungesetzlich war und in Zukunft unterlassen wird. Auch bitte ich, mir Bescheid zu erteilen.“

Gründe:

Die Abweisung meiner Beschwerde ist nicht gerechtfertigt und finden die An- und Ausführungen des angegriffenen Bescheides keine Stütze durch die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, da die fragliche Versammlung schon aus dem Grunde nicht überwachbar war, da sie nur eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kupferdreh des deutschen Bergarbeiterverbandes war, die der Anmeldung

nicht unterlag und lediglich zu der getätigten Wahl der Knappschäftlichen des Allg. Knappschäftlichen Bochum Stellung zu nehmen hatte und Stellung nahm.

Die Stellungnahme zu den Knappschäftlichenwahlen ist eine innere Angelegenheit des Verbandes und unserer Zahlstelle und dürfte deshalb die fragliche Versammlung nicht überwachbar werden. Gerade die Aussagen des Wirtes Schwammhorn bieten den Beweis, daß es sich nur um eine Vereinsversammlung der Mitglieder unserer Zahlstelle handelte und nicht um eine öffentliche Versammlung. Der Wirt Schwammhorn sagte zu dem Polizeikommissar, daß er an der Tür des Versammlungsraumes befindliche Zettel mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“ nur zu dem Zwecke angebracht sei, daß „nicht ein jeder“ das Zimmer betreten soll. Wie nun daraus die Polizeibewachung noch ein Recht zur Ueberwachung herleiten will, ist mir, gefinde gesagt, unbegreiflich. Wenn dazu die Polizei ein Recht hat, dann hätte sie ja auch in Zukunft das Recht, eine geschlossene Gesellschaft von Juristen zu überwachen. Auch sonst sind die Gründe des Abwchungsbescheides recht saden-scheiniger Natur und bitte ich, nach meinem Antrage zu erkennen. gez. A. .... S. ....

Der Herr Landrat wies die Beschwerde unter folgender Begründung ab:

„Die Beschwerde geht von unrichtigen rechtlichen Voraussetzungen aus.“

Die Befugnis der Polizeibehörde, Versammlungen zu überwachen, ist nicht auf solche Versammlungen beschränkt, welche sich als „politische“ im Sinne des § 5 des Reichsvereinsgesetzes darstellen, erstreckt sich vielmehr auf alle öffentlichen Versammlungen (Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 1. April 1909).

Die am 11. September 1910 im Saale des Wirtes Schwammhorn abgehaltene Zusammenkunft muß als eine öffentliche Versammlung angesehen werden.

Dem widerspricht nicht, daß sie als eine Versammlung der Mitglieder der Zahlstelle Kupferdreh des deutschen Bergarbeiterverbandes angekündigt war und bezeichnet wird. Eine Vereinsversammlung muß nach wiederholter Entscheidung der obersten Gerichtshöfe dann als eine öffentliche gelten, wenn von dem Verein nicht gesagt werden kann, daß seine Mitglieder einen in sich abgeschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen bilden. Die Voraussetzungen treffen auf die Zahlstelle des deutschen Bergarbeiterverbandes Kupferdreh zweifellos zu.

Da hiernach die Polizeibehörde berechtigt war, die Versammlung als eine öffentliche anzusehen und zu überwachen, wird die Beschwerde als unbegründet abgewiesen.

So also steht das Recht aus, welches der königliche Landrat dem Beschwerdeführer erteilt. Demnach wäre ja die Polizei berechtigt, jede Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes zu überwachen. Dem ist jedoch nicht so. Die Begründung des königlichen Landrats von Cnern findet keine Stütze durch das Reichsvereinsgesetz, welches Mitgliederversammlungen von der Ueberwachung ausschließt. Durch die Begründung des Herrn Landrats kann keinem das Recht werden. Unseren Kameraden in Kupferdreh raten wir, sich die Ueberwachung von Mitgliederversammlungen nicht gefallen zu lassen. Sollte die Polizei es noch einmal versuchen, so muß der Versammlungsleiter es zur Auflösung der Versammlung kommen lassen, damit dann im Wege der Klage verfußt wird, solchen Ungeheuerlichkeiten zu begegnen.

**Internationale Rundschau.**

**Aus der schwedischen Bergarbeiterbewegung.**

Der schwedische Eisenerzbergbau gewinnt für die internationale Eisen- und Stahlindustrie ständig an Bedeutung. In steigendem Maße liefern die im Norden Schwedens gelegenen hochprozentigen Eisenerzlager auch für die deutschen Hochöfen das Rohmaterial. Einem uns zugehenden Bericht entnehmen wir folgende Mitteilungen über die Organisation der am nächsten an der Eisenerzgrube tätigen Eisenerzbergleute: Es werden etwa 15 000 beschäftigt. Davon waren Mitte dieses Jahres etwas über 4 000 im „Schwedischen Grubenarbeiterverband“ organisiert, früher etwa 6 000. Die im südlichen Schweden schaffenden Kohlenbergleute, ungefähr 700, gehören noch dem Fabrikarbeiterverband an, weil dieser eher existierte als der Grubenarbeiterverband. Das Eintrittsgeld beträgt 8 Kronen, der Monatsbeitrag 1 Krone pro Woche Extraktur erheben, von welchem Rechte während des Generalstreiks in der Erzgruben-, Müll- und Metallindustrie Gebrauch gemacht werden ist. Gehaft wird aus der Zentralkasse bei Streiks pro Woche 9 Kronen an Löhne, 11-14 Kronen an Verbratete. Ferner wird die Streikunterstützung gezahlt. Bis zu 12 Wochen in derselben Höhe wie die Streikunterstützung gezahlt. Sonst leistet die Zentralkasse nur noch die Herausgabe einer Zeitung, von welcher aber nur sechs Nummern pro Jahr erscheinen. Die Organisationsform ist ein Gemisch von Lokalismus und Zentralismus. Die Lokalguppen besitzen eigene Verwaltungen, die verechiedentlich Lokalfestbeiträge erheben. Davon werden auch Kranken- und Sterbegeld bezahlt. In Lappland beträgt der Lokalfestbeitrag 2,50 Kronen pro Monat. Die Vertreter der Lokalguppen wählen in der Generalversammlung des Verbandes den Hauptvorstand. Sein Sitz ist zwar in Grängesberg, aber aus sachlichen und persönlichen Gründen befindet sich das Verbandsbureau in Stockholm. Es besteht die begründete Hoffnung, daß sich der Verband der schwedischen Grubenarbeiter dem internationalen Generalsekretariat der Bergleute anschließt.

**Bergarbeiterorganisationen in Großbritannien.**

Daß es möglich ist, alle Berufsangehörigen ohne Unterschied des religiösen Glaubens und der politischen Gesinnung in einer Organisation zu vereinigen, lehrt das Beispiel der britischen Kameraden. Auch in England, Schottland und Wales wird wegen politischer und religiöser Meinungsverschiedenheiten lebhaft gestritten, heftiger noch zu Wahlgängen als in Deutschland, wie der letzten beendete britische Parlamentswahlkampf wieder betrieften hat. Aus dem Wahlkampf sind 43 Arbeiterkandidaten, gegen 40 vorher, als Sieger hervorgegangen, darunter eine erhebliche Zahl Bergarbeiterführer. Auch in Großbritannien stehen die Bergarbeiter in verschiedenen parteipolitischen und religiösen Lagern, trotzdem haben sie sich gewerkschaftlich einheitlich organisiert!

Nach dem Regenbericht der „Labour Gazette“ bestanden Ende 1909 die Bergleute und Steinbrucharbeiter Großbritanniens 82 Bezirks-, Distrikts- oder Grafschaftsverbände mit zusammen 721 041 Mitgliedern! Zirkel 700 000 sind Bergleute und sämtliche Bergarbeiterverbände sind in der Miners Federation Großbritanniens zusammengeschlossen! Sie haben also die Zersplitterung überwunden.

In der Leitung der Miners Federation sitzen Sozialisten, wie der Kamerad Smilie, Schottland, Liberaler, wie der Kamerad Bruce, Südwest, Katholik, wie die Kameraden Furt, Northumberland, Edwards (Präsident), Histon (Generalsekretär) und mehr konservativ gerichtete Parlamentarier wie Wilson und Abraham. Katholiken, Protestanten, Methodisten und Dissidenten sitzen einträchtig in der Organisationsleitung zusammen. Warum sollte das in Deutschland nicht möglich sein? Wer hier schon das gelegentliche tätige Zusammenarbeiten der Bergarbeiterverbände durchkreuzt, darüber hat die gegenwärtige Lohnbewegung allen denkenden Bergleuten die Augen geöffnet.

Nach der „Labour Gazette“ hatten die 100 Prinzipal Trade Unions — das sind die größten Gewerkschaften, welche die genauesten Berichte an das Arbeitsamt liefern — 1 422 299 Mitglieder. Die übrigen 1 033 (1 also meist kleinere Organisationen) 225 162; zusammen wurden also 2 347 461 Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien gezählt. Unter den Organisationen sind aber viele, die reine Unterstützungsvereine darstellen.

Die 100 Haupt-Gewerkschaften hatten 1909 eine Einnahme von 2 560 430 Pfd. Sterling (1 Pfd. St. = 20 Mk.), oder pro Mitglied 36 Mk.; im Vorjahre 38 Mk. Die Ausgabe betrug 2 687 418 Pfd. St., oder fast 38 Mark pro Mitglied. Es sind demnach rund 2 Mark mehr pro Mitglied ausgegeben als einkommen. Infolgedessen verringerte sich der Kassenbestand auf 5 051 460 Pfund Sterling, was immer noch ein Vermögen von über 100 Millionen Mark bedeutet. In diesen Zahlen ist der Finanzgebühren der 16 größten Bergarbeiterverbände mit einbegriffen. Diese 16 Verbände geben aus für Streiks über 1 300 000 Mark. Beide Ausgabenposten sind gegen 1908 bedeutend gestiegen.

**Amerikanische Gewerkschaften.**

Nach einem offiziellen Bericht des Arbeitsamtes in New York umfaßten sämtliche Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten Nord-Amerikas Ende 1909 rund 2 000 000 Mitglieder. Davon waren 1 324 700 der American Federation of Labour (ähnlich unserer Generalkonmission, Vorsitzender ist Samuel Gompers) angeschlossen, worunter auch der große Verband der Kohlengräber; etwa 600 000 Gewerkschaftler, darunter der Verband der Bergarbeiter des Westens, sind der Federation nicht angeschlossen, ebenso nicht die 282 000 Mitglieder der unabhängigen Eisenbahnerverbände und 139 688 Mitglieder anderer Vereinigungen.

**Australische Bergarbeiterkämpfe.**

Im Jahre 1908 brachen in Australien 51 Bergarbeiterstreiks aus, an denen 28 803 Kameraden beteiligt waren; sie streikten aufammen 75 745 Tage. 1909 fanden 62 Bergarbeiterstreiks mit 21 064 Teilnehmern statt, die 168 484 Tage streikten.

**Fulton und Radbod †**

In England drüben herrscht Jammer und Not, Viel Knappen erlitten den Radbodtod!

Ganz dort wie hier, und hier wie da: Die Knappen sind immer dem Tode nah. —

Dreihundert und mehr im Fultonjacht Sind wieder zerfchmettert, verbrannt, verkracht. —

Das Wetter zerriß sie wie Glas und Zwirn — An den Stößen klebt noch ihr Blut und Hirn. —

Tief unten fault das verbrannte Gebein, Am Tage die Weiber und Kinder schrein. —

Die Armen winseln und klagen zu Hauf, Doch ihr Klagen weckt nimmer die Toten auf.

Ganz hier wie da, und da wie hier, Das Knappensterben ist ähnlich schier. —

In England war es der Fultonjacht, Hier hat uns Radbod die Leichen gebracht. —

S. R.

**Furchtbares Massen- Unglück in England.**

London, 22. Dezember 1910.

Eine der entsetzlichen Grubenkatastrophen, die je in England stattgefunden haben und bei der, wie berichtet wird, 300 bis 350 Menschen ihr Leben gelassen haben, ereignete sich gestern morgen auf der Zeche Victoria bei Potten in Lancashire. Die Zeche besteht aus zwei Teilen: der Arley-Grube und der Hard-Grube, die miteinander durch einen Tunnel verbunden sind, beide aber durch einen besonderen Schacht erreicht werden. In beiden Gruben waren um 8 Uhr morgens etwa 800 Mann bei der Arbeit, als ganz unerwartet in der Hard-Grube eine gewaltige Explosion stattfand, die sieben Kilometer weit entfernt in Potten gehört wurde. Mächtige Klammern schossen aus dem Schacht empor, der zur Hard-Grube führt. 430 Mann, die in der Arley-Grube arbeiteten, wurden schnell zur Flucht gezwungen. Der von der Explosion hinterlassene Schwaden drang durch den Verbindungstunnel in die Arley-Grube, so daß einige der dort arbeitenden Bergarbeiter mit Schwerkriegel getötet werden konnten. Da die Fördererichtungen der Hard-Grube durch die Explosion zerstört worden waren und der Tunnel, der die beiden Gruben verbindet, mit giftigen Schwaden angefüllt war, dauerte es eine Weile, ehe Rettungsmaßnahmen getroffen werden konnten. Von allen beobachteten Zeden eilten alsbald die Rettungsmannschaften mit Rettungsapparaten herbei und versuchten die eingeschlossenen Bergarbeiter durch den Tunnel zu erreichen. Der Tunnel war an einer Stelle eingestürzt und in der Hard-Grube selbst hatte die Explosion alles kurz und klein geschlagen. Maschinen waren zertrümmert, das Holz in tausend Splitter zerfressen und überall waren die Mauern eingedrückt worden und das hangende war herabgefallen. Die Grube ist gänzlich zerstört worden. Unter diesen Umständen konnten die Rettungsmannschaften nur langsame Fortschritte machen. Bis 4 Uhr nachmittags waren sie erst 150 Meter weit vorgedrungen. Bis spät gestern Abend sind schon eine Reihe entsetzlich verstümmelter Körper ans Tageslicht gebracht worden. Ein alter Bergmann, der eben aus der Arley-Grube ausgefahren war, meldete sich gleich als Freiwilliger, um in die Hard-Grube einzudringen. In seinem Eifer, seine beiden Söhne, die dort arbeiteten, zu erreichen, entfernte er sich zu weit von der Rettungsabteilung und kam ums Leben.

Der Bergwerksinspektor der Zeche Victoria fuhr gestern nachmittag ein. Sein Bericht läßt leider das schlimmste befürchten. Er sagt, er fürchte, daß 200 Menschenleben verloren seien. Die Arbeiter lagen in fünf Sektionen vorgebrungen und sei zur Ueberzeugung gekommen, daß so gut wie keine Hoffnung bestehe, irgend jemanden zu retten; niemand könnte in der Grube oder Wahrscheinlichkeit nach noch am Leben sein.

Ueber die Ursache der entsetzlichen Katastrophe, die so kurz vor Weihnachten in hundert Bergarbeiterfamilien die tiefste Trauer hervorgebracht hat, ist noch nichts bestimmtes beantwortet worden. Auf der einen Seite scheint es, daß die Zeche Victoria zu den unglücklichsten Bergwerken in Großbritannien zählt, auf der anderen Seite erzählt man, daß das Schließen in der Grube verboten war und daß in der Anlage, die von allermodernster Art sein soll, der elektrische Strom keine Verwendung fand.

Dies ist nun schon das zweite Massenunglück des Jahres in der britischen Bergwerksindustrie. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Vermehrung der Unfälle, die in letzten Jahren eingetreten, keine zufällige oder zeitweilige Erscheinung ist. Die intensivere Ausbeutungsmethode des modernen Kapitalismus hat die Bergwerksindustrie revolutioniert, so daß die bestehenden Sicherheitsmaßregeln den neuen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Diese Ansicht drängt sich den maßgebenden Autoritäten in Großbritannien immer mehr auf; das beweisen die noch zaghaften Versuche, die gemacht werden, um das bestehende Zustand zu reformieren. Unglücklicherweise ist es in Großbritannien wie in allen anderen kapitalistischen Ländern immer erst notwendig, daß Hunderte von braven Knappen ihr Leben lassen, ehe das öffentliche Gemissen aufgeweckt wird und die Gerchenden an ihre Pflicht der Bergbevölkerung gegenüber erinnert.

J. K.

**Mißstände auf den Gruben.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Zeche Ewald Fortsetzung. Ueberprüfungen und kein Ende gibt es auf dieser Zeche. Nicht nur, daß zweimal in der Woche 1 1/2 gemacht wird, machen verschiedene Arbeiter neunmal 1 1/2 und noch doppelt dabei. Wenn auch ein Teil der Belegschaft diesen Selbstmord nicht macht, so ist die Zahl derer, die rasch Invalide (eventuell sogar ohne Pension) werden wollen, sehr groß. Ueber 60 000 Mk. hat die Gewerkschaft Ewald im dritten Vierteljahr 1910 an ihre Aktionäre mehr verteilen können, als im dritten Vierteljahr 1909. Man sollte lieber das Gedinge erhöhen. Betschwerf sich eine Kameradschaft über zu wenig Lohn, so meint Steiger Koller noch: „Ihr habt nur 28 Schichten und 120 Mk. verdient, hättet Ihr 35 Schichten gemacht, so hättet Ihr auch einen schönen Lohn von 145 Mk.“ Löhne von 4,80 sind doch wahrhaftig zu niedrig bei den teuren Lebensmitteln. Auch sollte Steiger Koller die Leute nicht so groß anfahren.

Zeche Reumühl. (Berichtigungen brauchen nicht wahr zu sein, die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Urteilscheidungen des Oberbergamtsbezirks Brestau, der Amtsgerichte Heiligenstadt, Darmstadt usw.) — Es ist nicht richtig, daß im Revier 20 das Gedinge viel zu niedrig steht, richtig ist vielmehr, daß das Gedinge so zu bemessen ist, daß die dortselbst beschäftigten Leute einen angemessenen Lohn verdienen können. Ferner ist es nicht richtig, daß dem Hilfspolier Gräber die Kameradschaften gegeneinander aufhetzen er sagt, die eine Kameradschaft hätte die andere als faul bezeichnet. Richtig ist vielmehr, daß die eine Kameradschaft sich über

die andere bei dem Steiger beschwert hat, weil letztere so wenig Kohlen...

den Raum auf, und warten, bis die stärksten Schwaben bezogen sind...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Segen-Gattes-Grube (Altwasser). Am 7. Dezember verunglückten...

Gewandtschicht. Die Mitglieder auf diesem Berg hängen sich in...

Glückhils-Friedenshofmühlengrube (Haidjochschicht, III. Abteilung). Der...

Saargebiet und Reichslande.

Grube Lehen. Am 5. Dezember, morgens um 10 1/2 Uhr, erlitt...

mann ist, bei der Direktion in Saarbrücken, um sich zu beschweren...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Streitsache zwischen dem Verbandsbeamten Köppler und...

Köppler erkennt an, daß der Hauptvorstand des Gewerbevereins...

Dochum, den 14. Dezember 1910.

Heinrich Köppler. Th. Wylla.

Erklärung.

Christliche Verkündigungen. In einer am Sonntag, den 13. Dezember...

Christliche Erziehungsfrüchte.

Daß die Verbändler und die Sozialdemokraten die „schlechtesten...

Am Arnberger Schwurgericht kamen im Jahre 1910 bis Ende...

- 1. Wilhelm Jung wegen Meineid, Grund: Alimentationsprozeß. 2. Maria Kaufmann wegen Meineid, Grund: Alimentationsprozeß...

Diese Liste wird den „christlichen Wahrheitshelden“ wohl genügen.

Doch wir wollen ihnen noch einige Pillen geben. Was in neun Tagen...

- Strafentwurf, 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Körperverletzung mit Todeserfolg, 2 Jahre Gefängnis...

Mithin in neun Tagen in einer frommen Gegend 22 Jahre...

Genügt das den christlichen Gewerbevereinsangehörigen nicht, können...

Christlicher Briefschwindel entlarvt.

Während des Knappheitswahlkampfes im Ruhrgebiet veröffentlichte...

So wird ein christlicher Schwindel nach dem anderen entlarvt...

Sauerbrunn, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Gewerkschaft Siegfried (Gießen). Wir brachten in unserer Nr. 45...

ang veröffentlicht, um seine „erfreulichen Fortschritte“ zu veröffentlichen. Nach seiner für Oktober endlich wieder veröffentlichten Angabe hatte er eine Einnahme von 87 843 Mk.; der Verband der Einnahme von 201 940 Mk. Die Einnahme des Verbandes übersteigt demnach die des Gewerksvereins um 114 597 Mk. 1,3 Prozent. Alles das zeigt, daß es auch in den Köpfen der Bergarbeiter immer mehr zu dämmern beginnt. Daß es nicht die „Bergknappe“ durch seine Unnahbarkeit und die unergiebige Taktik der D. Glab.-Christengeneräle.

**Jeder Kameraden, wahrere Knappschafftsrechte!**

nach dem Ruhrrevier verzogenen Mansfelder Kameraden erst, durch Anfrage bei der Verwaltung des Allgemeinen Knappereins zu Bochum sich zu vergewissern, ob die ganze Zeit ihrer Tätigkeit zum Mansfelder Knappereinsverein im Bochumer Verein ist. Es sind nämlich schon Fälle festgestellt, wo Kameraden, am Mansfelder Streik beteiligt haben, die Mitgliedschaft beim über Verein nur für die Zeit nach Beendigung des Streiks an sich erhielten. Erst auf Antrag wurde ihnen volle Mitgliedschaft im Bochumer Verein in Bochum verbucht. Mühen sich die Kameraden keine Mühe nicht verbieten lassen und brieflich in Bochum Knappereinsverwaltung anfragen, damit sie unter Umständen in durch jahrelange Beitragszahlung erworbene Anrechte erhalten. Zeit lassen sich etwaige Zeitsträfer noch leicht beseitigen, ihren, bei der Invaldisierung, entstehen Schwierigkeiten.

**„Bergknappe“ und Sicherheitsmänner.**

Die Enttäuschung über den Ausfall der Sicherheitsmänner gibt der „Bergknappe“ in fast jeder Nummer durch Verdächtigungen aller Art Ausdruck. In seiner Nr. 49 verächtlich er die Sicherheitsmänner von Zeche Wollte III und IV, sie wären dafür eifrig, daß die Arbeiter keine Holzabfälle mehr mit nach Hause dürften. Demjenigen, der diese „christliche“ Notiz befolgt hat, n wie für einen unwahrscheinlichen Menschen. Auch in dieser Nummer wird wieder den Schmutzfluten von Buer. Jetzt, nach in allen öffentlichen Versammlungen ausgelacht wird, oder in mehr zu Worte kommt, verlegt er sich aufs Schreiben. Er wenn ich auch nirgends mehr sprechen darf, aber mein Koff noch unter die Leute. Die Dinge liegen in Wirklichkeit wie vor einiger Zeit beschreiben sich Kameraden von Wollte III V bei unseren Sicherheitsmännern, daß das Gezehe stets mit n Kopf genommen würde. Es wären nun schon mehrere durch ätter oder Biele usw. verlegt worden. Unsere Sicherheitsmänner trugen diese berechtigten Beschwerden vor und verlangten, alle den Leuten des Gezehe in einem Gezehebogen verbieten, es auf andere Gezehe auch gemacht werde. Darauf meinte er: „Wenn aber die Arbeiter so diese Höhe mit heraus, darüber beschwert sich niemand.“ Es wurde nun die Überlegung der Selbsthaft angeordnet, damit die Mitführung des Gezeheverbote. Gleichgültig aber seien die Beantworte nun auch, daß keine Holzabfälle mitgenommen werden. Nun sage einer, unsere Sicherheitsmänner hier verschuldet haben? Über auch tündorfer „Christen“ müssen die Sache besser wissen. Es war in christlicher Agitation von Autendorf, welcher dem Betriebs von Wollte sagte, daß ein Sicherheitsmann vom Betriebs Abhängigkeit mit nach Hause nehme. Er ging zu diesem Zweck auf die Steigerhöhe und nannte dem Betriebsführer Namen Lehner. Und von dem Abend an wurde die strenge Kontrolle über. Es hat von uns auch keiner behauptet, der christliche heitsmann habe solches veranlaßt, wie der „Bergknappe“ schreibt, so behandeln wir keine Arbeitskollegen. Unsere Sicherheitsmänner haben bisher zu allen ihren Sitzungen den christlichen Mann eingeladen, um auch mit ihm die vorzubringenden Wünsche, werden und Vorschläge zu besprechen. Er ist aber niemals erin. Er erklärte: „Ich bin mit euren Anträgen einverstanden. Höre mich auch an.“ Da er aber niemals erschien, so wurde auch nicht mehr eingeladen. Das Geschehen war, ihm wohl Gehör gegeben, verboten haben. Daß die „Abhängigkeit“ so gehandhabt wird, können also die Kameraden von Wollte dem jeden „Kameraden“ verdanken.

über unseren Sicherheitsmann auf Zeche Gibernia schreibt der „Knappe“ in seiner Nr. 51:

„Als der Sicherheitsmann mit dem Steiger vor eine Arbeit sprach der Steiger zu ihm: „So, nun gib mir mal die Kaffeecanne!“ Einer der anwesenden Hauer war verwundert, hierüber fragte den Steiger: „Muß Ihnen der Sicherheitsmann die Kanne nachtragen?“ Darauf bekam der Mann die Antwort: „Nun, wofür habe ich den Mann anders.“

„In solchem hinverbrannten Geschwätz glaubt der „Bergknappe“ Sicherheitsmann, der durchaus seine Pflicht tut, verächtlich zu sein. Wenn wirklich der Steiger mit dem Sicherheitsmann aus Pulle getrunken hätte, so wäre das etwas, was jeden Tag überfallen. Oder hat der Steiger Mühe noch nie aus der Kaffeepulle Arbeiters getrunken? Allerdings, der Mann hat sich entwickelt, sein Wohlwollen gegenüber geworden und da kommt es ihm auch auf, dem verhassten Gegner ein auszuweichen. Und doch die „Christen“ genug zu tun, vor der eigenen Tür zu kehren, nur ein Beispiel. Der christliche Sicherheitsmann Zukmann, in hervorragender christlicher Führer in Gelsenkirchen, kam mit Steiger Ehrhardt in Hitz 13, Nummer 51, ging an dem Nacht vorbei und bespötte denselben mit den Worten:

„Nun, was hast du für einen Koffler, der hat sich seit meiner Bekanntschaft aber kessal geändert, jetzt ist aber noch was dran.“ Steiger Rümp, ist das nicht eine indirekte Aufforderung an den er, das Gebilde zu reduzieren? So wurde es auch von den leuten verstanden und der Ortsälteste sagte zu Zukmann, daß ihm recht, falls sie ihm Spaß mache, frei stünde, er möge sich doch iden. Zukmann sagte darauf: „Du mußt nicht die Sache so fassen, als wollte ich mir auf meinen Kundgängen die beste Arbeit geben.“ Diese Verlegenheitsrede hilft nicht über die Tatsache hinaus, daß in der obigen Äußerung Zukmann eine indirekte Aufforderung liegt, die Gebilde zu reduzieren. Am Mühseligsten scheint nmann dagegen nicht zu kümmern, denn nach wie vor sind manche er so niedrig, daß die Schleppe und Lehrhauer wie die Hunde in dem Wagen herziehen müssen und trotz Schleppe Gefahr n, sich die Finger abzuquetschen. Der „Bergknappe“ hätte danach tsache, vor der eigenen Tür zu kehren.

**Der „sicgend“ Gewerksverein.**

Am Samstag, den 17. Dezember, fanden auf Zeche Neumühl die en der Vertreter zur Familien- und Gesellschaft hat. Das Er- ist für den jetzt an Mitgliedern „zunehmenden“ Gewerksverein iderschmelztes. Es erhielten Stimmen: Verband 1117, die je Berufsvereinigungen 644 und der christliche Gewerksverein 53. Resultat bedeutet für den Gewerksverein einen Rückschlag für Verhalten bei der Lohnbewegung.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Knappschafftsältestenwahlen in Waldenburg und Neuhendorf.**

Bei den am 18. Dezember in Ober-Waldenburg und Neuhendorf erfindenen Ältesten-Stimmwahlen konnte der Verband, trotzdem es um die schlechtesten Sprengel des Reviers handelte, der schwarz-n-Brüdererschaft noch einen Sprengel, und zwar den Ober-Walden- n, abnehmen. Dort erhielten die Verbandskandidaten 188 bezw. das schwarz-gelbe Kartell 143 bezw. 141 Stimmen. Selbst in der rgebenen Hochburg in Neuhendorf erhielten die Verbandsk- daken 208 bezw. 201, sein schwarz-gelber Gegner 262 bezw. 247 nten. Wie lange noch und auch in Neuhendorf sind die schwarz- n-Sympotiker mit der Latzere zu suchen. Angesichts der großen ig, die der Bergarbeiterverband bei den Knappschafftswahlen er- en hat, ist es jetzt Pflicht aller Kameraden, mit allen Kräften für Bergarbeiterverband zu agitieren. Nicht eher darf gestrichelt werden, is außer den circa 3000 Jugendlichen die rund 12 000 Knapp- schafftsältesten Bergarbeiterverbände als Mitglieder angehören.

**Zur Lohnbewegung in Oberbayern.**

In Hausham, Wiesbach, Leisach und Wörnsmühl wurde der Streik auch in der zweiten Streikwoche mit aller Entschiedenheit und Disziplin geführt. Alle Versuche der Werkverwaltungen, die Disziplin der Streikenden zu durchbrechen, scheiterten vollständig. Es zeigte sich eben, daß die Streikenden auf die alten Tricks, Drohung mit Entlassung, Räumung der Werkwohnungen usw. nicht mehr hereinfielen. Eine Bekanntmachung der Werkleitung, die befagte, daß die Streikenden, welche am 22. Dezember 1910 die Arbeit nicht wieder aufnehmen, entlassen seien und ihren Lohn und die Abfuhr am 23. Dezember im alten Krankenhaus in Empfang nehmen könnten, wurde von den Streikenden im Einverständnis mit der Streikleitung ignoriert. Die Verwaltung konnte ihr Geld und die Entlassungspapiere wieder mit zum Werk nehmen. Die Streikenden hielten in ununterbrochener Ordnung, so daß keinerlei Unruhestörungen vorkamen. Während es früher an den Sonntagen mitunter lebhaft zugeing, verlief der erste Streiksonntag sehr ruhig. Anscheinend gibt es aber Leute, denen diese Ruhe der Streikenden nicht paßt oder die kein gutes Gewissen haben, denn am 20. Dezember wurde der Leis- wächter des Direktors Janota von den Streikposten abgefangen und zum Zentral-Streikbureau gebracht. Dieser Leiswächter war mit einer Browning-Pistole und einem scharf geschliffenen Säbel ausgerüstet! Da die Browning-Pistole Eigentum der Werkverwaltung war, so wurde über den Empfang folgende Bescheinigung ausgestellt:

„Wir bestätigen mit gegenwärtigen, daß der Bergmann R. N. von Hausham bei uns eine Browning-Pistole, 18 Zentimeter lang, Kaliber 8, zwecks Ablieferung an die Direktion übergeben hat.“

Die Streikleitung lieferte das Wordinstrument an die Gendarmeriestation ab und wurde ihr der Empfang wie folgt bestätigt:

„Es wird bestätigt, daß eine Browning-Pistole in der Gendarmeriestation Hausham abgeliefert wurde.“

Es ist selbstverständlich, daß ganz Hausham über diese Unge- licheit des Direktors lachte. Diese Ungeheuerlichkeit des Direktors kam schon vor Beginn des Streiks dadurch zum Ausdruck, daß er sich einige Fenster an seinem Wohnhaus zumauern und mit Stahlplatten versehen ließ! Es sollen auch weitere Arbeitswillige als der oben Genannte mit Browning-Pistolen ausgerüstet sein. Es scheint und, daß es mit dem Mut des Herrn Janota, der im Militärverhältnis überreichlicher Oberleutnant ist, nicht weit her ist. Die Berg- arbeiter müssen es sich aber ganz ernsthaft verbitten, daß sie mit Räubern und Wegelagerern auf eine Stufe gestellt werden.

Abgesehen von diesem Vorfall, blieb die Situation in Hausham im Laufe der zweiten Streikwoche dieselbe, wie bei Beginn des Streiks. Männer und Frauen standen wie eine Mauer und erntete die Streik- brecherliche Hinterfeer, Funke und Genossen den wohlverdienten Spott und Verachtung!

Am 19. Dezember blieben die Haushamer Streikenden erwar- tungsvoll nach Penzberg, denn an diesem Tage sollte es sich dort ent- scheiden, ob die Belegschaft des Penzberger Schieferwerks sich mit den Streikenden von Hausham und Umgebung solidarisch erklären würde. Die Penzberger nahmen am Sonntag, den 18. Dezember noch einmal in zwei überfüllten Versammlungen Stellung zum Streik. Im letzten Augenblick wünschte der königliche Bezirksamtmann von Weilheim, daß der Streik noch nicht proklamiert würde, sondern erneut Einigungsversuche in Angriff genommen würden. Die Versammlungen wollten davon aber nichts wissen und beschlossen mit allen gegen vier Stimmen, am Montag in den Streik zu treten. Die notwendigen Vorbereitungen für den Streik wurden getroffen und konnte der Kampf am Montag, den 19. Dezember auch in Penzberg beginnen. Die Werkleitung arbeitete mit allen nur zur Verfügung stehenden Mitteln, um möglichst viel Arbeiter im Werk zurückzu- halten. Allen etwa in den Streik tretenden Arbeitern wurde mit sofortiger Entlassung gedroht. Die Werkwohnungen mußten geräumt werden usw. Kurz und gut, es wurde alles getan, um den organisierten Arbeitern den Kampf zu erschweren. Montags-morgens ließen die Werkbeamten mit Blendklappen ausgerüstet durch die Werkkolonien. Aber auch diejenigen Bergarbeiter, die gewillt waren, in den Streik zu treten, waren nicht lässig. Es wurde tat- sächlich um jeden einzelnen Mann gewissermaßen gerungen. Der christ- liche Hinterfeer, welcher tags vorher in einer Versammlung den Streik- bruch verherrlicht hatte, ging schon früh auf sein Werk, um sich der Werk- verwaltung als „getreuer Arbeiter“ vorzustellen! Trotz dieser Ver- bindung von Werkverwaltungen und Christlichen, gelang es, den größten Teil der Arbeiter in den Streik zu bringen. Die Werk- leitung und die Christlichen arbeiteten nach bekannten Mustern. Sie gaben sehr hohe Zahlen über die Arbeitswilligen an. Die Streik- leitung konnte aber feststellen, daß in diesen hohen Zahlen die Kranken mit eingerechnet waren. Tatsächlich sind von der circa 1200 Mann starken Belegschaft circa 800 in den Streik getreten. Die besten Ar- beiter waren der Streikparole gefolgt. Im die Zahl der Arbeits- willigen in die Höhe zu treiben, nahm die Penzberger Werkverwaltung alles in Arbeit, was sich anbot. Invaliden, alte und schwächere Frauen sowie Jugendliche unter 14 Jahren. Was Wunder, wenn der Presse von der Werkleitung am Mittwoch und Donnerstag (21. und 22. Dezember) mitgeteilt wurde, daß etwa 500 Arbeiter angefahren seien. Trotz dieser „hohen“ Zahl brannte der Werkleitung das Feuer unter den Nägeln. Am 21. und 22. Dezember arbeitete sie mit voller Verzweiflung, um die Reihen der Streikenden zu schwächen, aber auch die Streikenden waren nicht müde und taten alles, um das Gegenteil zu erreichen. Der kritische vierte Streiktag zeigte, daß die Streik- enden seit geblieben waren.

Die Streikenden von Penzberg haben bewiesen, daß es auch ihnen bitter ernt mit dem Streik war. Auch hier war Besonnenheit und Ruhe vorhanden. Jedoch gestaltete sich der Transport der Arbeits- willigen etwas lebhafter, denn deren Zahl war größer, als in Haus- ham. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung sind Ausländer. Die Frauen der Streikenden ließen es sich nicht nehmen, auf die Arbeits- willigen einzuwirken. Ekelhaft gestaltete sich das Bild, wenn die Führer der Streikbrecherliga, Hinterfeer und Funke, Spiegelnäher liefen. Es war wirklich erbärmlich, diese „Arbeiterführer“ zu sehen! Ob ihnen wegen ihres Verates nicht graut? Ob beide noch nicht eingesehen haben, daß sie auf falscher Straße sich befinden? Doch was schreiben wir da! Wie können wir auf solche Gedanken kommen? Wissen wir doch, daß die christlichen Gewerkschaften gegründet sind, um die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu bekämpfen und um diesen Zweck zu erfüllen, darf ein wahrer „Christ“ selbst den Streik- bruch proklamieren. Der Zweck heiligt die Mittel. Die Christlichen haben sich bei dieser Bewegung gründlich häusert und werden nie schon dafür sorgen, daß den christlichen Mitgliedern die Augen auf- gehehen. Die christliche Arbeiterführung auch in Oberbayern hat be- wiesen, daß ihnen das Wort „Arbeiterrecht“ ein unbekannter Begriff ist. Beide sind für immer gerichtet.

**Beendigung des Streiks.**

Schneller als mancher gedacht hat, ist der Streik beendet worden. Aber das Ende ist nicht eingetreten, weil die Streikenden des Kampfes müde waren. Nein, die Streikenden hatten sich auf einen langen Kampf eingerichtet. Nicht Müdigkeit der Streikenden bedingte das Ende, sondern die vom Herrn königlichen Bezirksamtmanne Faigl in Weilheim angebahnten Einigungsverhandlungen führten zu einem un- nehmbaren Ergebnis! Am 22. Dezember wurden diese Einigungsver- handlungen angebahnt und war es selbstverständlich, daß die Streik- leitung sich zu Verhandlungen bereit erklärte, aber auch die Generaldirektion der oberbayerischen Ktiege- gesellschaft für Kohlenbergbau erklärte sich ihrerseits ver- handlungsbereit. Am Freitag, den 23. Dezember, kam es dann in den Räumen der Generaldirektion zu Verhandlungen. Herr Oberbergat Spary, München, leitete die Verhandlungen. Ihm zur Seite standen der königl. Bezirksamtmanne Faigl, Weilheim, und Regierungsrat Nigler, Wiesbach. Nach längeren Auseinandersetzungen kam es zu folgendem Vergleich:

„Zwischen der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenberg- bau, vertreten durch Generaldirektor Dr. Weisbach, und den

Arbeitervertretern von Penzberg und Hausham, Schachtner, Sapper, Schön, Simmler und Rummer, kam heute fol- gender Vergleich zustande:

1. Unbefristete, Anstellung der Arbeiter und Hilfsarbeiter erfahren ab 1. Fe- bruar 1911 eine Aufbesserung.
2. Die vorgebrachten Ansprüche bezüglich der übrigen Kategorien werden geprüft und nach Tauglichkeit und Mäßigkeit bei Beförderung der Personalar berücksichtigt.
3. Die Arbeit wird mit dem 27. Dezember seitens der Belegschaft wieder aufgenommen. Die bisherige Unterbrechung des Arbeits- verhältnisses wird als nicht geschehen betrachtet.
4. Gegenseitige Schlichtungen der Arbeiter aus Anlaß des Streiks werden mit Entlassung des Schuldigen bestraft.

München, den 23. Dezember 1910.

Nigler, Reg. Regierungsrat. Spary, Reg. Oberbergat. Faigl, Reg. Bezirksamtmanne.

Bei den Verhandlungen hat sich besonders Herr Regierungsrat Nigler bemüht, für die Arbeiter Zugeständnisse seitens der General- direktion zu erreichen. Es ist selbstverständlich, daß die fünf Arbeiter- auschmittglieder nachdrücklich die Forderungen und Interessen der Streikenden vertreten haben.

Im Anschluß an die Verhandlungen tagte dann in München eine Konferenz der Organisationsvertreter und Arbeiterauschmitt- glieder beider Werke. In einer langen und sachlichen Aussprache wurde erwogen, ob den Streikversammlungen die Annahme dieses Vergleichs und damit die Beendigung des Streiks empfohlen oder der Streik fort- gesetzt werden solle. Schließlich sprach sich die Konferenz für Annahme des Vergleichs aus. Dieser Beschluß kam insbesondere deshalb zu- stande, weil Herr Oberbergat Spary den Arbeiterauschmittgliedern und Organisationsvertretern die Erklärung gab, daß er sich selber um die Durchführung der Lohnaufbesserung bemühen werde!

Da alle Vorbereitungen getroffen waren, so konnten die Streik- enden am Samstag, den 24. Dezember, zu dem Vergleich Stellung nehmen. Zu diesem Zweck waren drei Streikversammlungen in Hausham, Wiesbach und Penzberg einberufen und nahmen fast sämtliche Streikende an denselben teil. Auch hier wurden lange Erörterungen für und wider geflogen und am Schluß der Einigungsbeschlüsse mit allen gegen 160 Stimmen angenommen. Mit aller Entschiedenheit wurde aber betont, daß der Streik nur abgebrochen wurde, daß die Streikenden des Kampfes noch nicht müde waren und daß sie, wenn die Generaldirektion und Herr Oberbergat Spary ihr Wort nicht halten, wiederkommen und eventuell erneut in den Kampf eintreten würden!

Der Streik ist also beendet und kann ruhig gesagt werden, daß die Streikenden nicht umsonst gestreikt haben. Am 1. Februar 1911 haben einige schlecht bezahlte Arbeiterkategorien eine Lohnauf- besserung zu erwarten, aber auch der übrige Teil der Belegschaft wird nicht leer ausgehen. Die Arbeiter und besonders die Arbeiterauschmitt- glieder werden die Generaldirektion und Herrn Oberbergat Spary an das gegebene Wort erinnern. Höher jedoch wie der zu erwartende materielle Erfolg ist der moralische. Sämtliche Streikende werden wieder eingestellt. Es gibt keine Gemahreite und Ausgesperrie, so einmütig wie die Belegschaften das Werk verlassen, kehren sie nun wieder zurück.

Die Christlichen hatten schon zu Beginn des Streiks das Verächt- liche, daß 300-500 Arbeiter entlassen würden! (Siehe Streik in Dieuze.) Dadurch würde der Streik völlig erfolglos sein! Jetzt stehen sie da wie die Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind. Den gemäßigten christlichen Mitgliedern dämmert es schon allmählich, denn in Penzberg sagte am Samstag ein christlicher Gewerksvereiner:

„Wenn wir gewußt hätten, daß der Streik nur so kurz und einen solchen Ausgang genommen hätte, dann wären wir den Lodungen eines Hinterfeer und Funke nicht gefolgt und hätten keine Streik- brecher gemacht. Nun ist Hinterfeer fort und wir sind der Schande preisgegeben!“

Solche Äußerungen konnten wir in Hausham und Wiesbach hören. Alles rächt sich auf Erden, auch christliche Arbeiterverrat. Die Chris- tlichen stehen nach Abschluß der Lohnbewegung als die blamierten Europäer da. Ihre Organisation hat sich als Kampfunfähig be- wiesen. Die Organisationen der Streikenden und die Streikenden selbst haben den moralischen Erfolg auf ihrer Seite. Die oberbayer- ischen Kameraden wissen nun, wo ihre wahren Freunde sitzen. Auf- gabe aller Kameraden ist es, dafür zu sorgen, daß diese Tatsache in immer weitere Kreise dringt. Stärkung der Organisation, des Berg- arbeiterverbandes, muß jetzt erst recht Aufgabe aller Kameraden sein.

Selbstverständlich sollen die Streikenden nicht die Streikbrecher jezt nach Beendigung des Streiks schikanieren. Nein, jezt muß daran ge- gangen werden, die Reihen des Bergarbeiterverbandes noch besser zu schließen als vordem. Klart die von den christlichen Streikbrecher- agenten genutzten Arbeiter auf und jezt, daß mehr erreicht werden wäre, wenn alle Mann kameradschaftlich zusammengefaßten hätten. Doch was nicht war, muß geschaffen werden. Alle Mann in den Ver- band, muß es heißen. Denn wer weiß, was die Zukunft noch bringen kann.

**Der Zentrumsabgeordnete v. Daller**

hat, wie die „Münchener Post“ berichtet, seinen streikenden Reffen in Wörnsmühl aufgefordert, entweder die Arbeit aufzunehmen oder er werde ihn entsetzen!! Das heißt: Du bist in den Augen aller ein- ständigen Arbeiter ein Lump oder ich entzicke dir einige Kröten. Zentrumsmerale!

**Wie man im christlichen Gewerksverein Lohnbewegungen macht!**

Im Ruhrrevier und in Oberbayern treibt der christliche Gewerks- verein Streikbruch. Da ist es denn äußerst interessant, zu erfahren, wie eigentlich der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, wo er alle in ausschlaggebend ist, seine Lohnbewegungen macht.

Im Saarrevier hat man Aufbesserung der Löhne für die Saar- bergleute verlangt. Versammlungen auf Versammlungen wurden ab- gehalten, die Zentrumspresse veröffentlichte einen Artikel nach dem anderen, um die Notwendigkeit einer Lohnhöhung nachzuweisen. Selbstverständlich ist der Saarlöhne ebenso hartnäckig wie die rheinisch- westfälischen Grubenherren. Man lehnte die Forderungen glatt ab und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sagte: „Danke! Ein klein wenig Resignation, sonst aber dem Saarlöhne weiter treu ergeben! Der christliche Gewerksverein weiß sehr gut, wenn er sich den SOLL des Saarlöhne zugeht, ist er verlorren, er hat dann im Saarrevier aufgehört zu existieren. Die anstehende kräftige Sprache ist nur Theaterdonner — abgekartete Sache! Man kennt ja heute die Methode, wie die christlichen Gewerkschaften behandelt sein wollen. Sie selbst erklären zwar: „Ihr dürft uns nicht nach unserer kräftigen Sprache beurteilen, wir sind nicht so!“ Im Gegenteil, wir sind euch Werk- besitzer treu ergeben und helfen euch ernsthaft Lohnbewegungen wider- breiten, wenn es uns Christlichen gelingt!

Wohin aber die „kräftige Sprache“ des christlichen Gewerksvereins führen kann, wenn die christlichen Arbeiter auf diesen Reim hüpfen, das beweist eine christliche „Lohnbewegung“ auf der Saline in Dieuze (Lothringen).

Ueber die „Lohnbewegung“ lesen wir in dem katholischen Organ, der „Lothringer Volksstimme“ vom 21. Dezember in einem Eingangsfolgendes:

„Dieuze, 18. Dezbr. Seit längerer Zeit schon geht durch die Arbeiterwelt der hiesigen Saline eine Lohnbewegung. Es sind nämlich die Löhne bedeutend schlechter als in anderen Industrie- betriebe Arbeiter kommt über 4 Mk. und doch bekommen die Arbeiter

